

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Sperrstundenverkürzung für Lokale in der Mondscheingasse

GR. **Eichberger** stellt namens der ÖVP und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gibt nun einen dringlichen Antrag gemeinsam von der SPÖ und ÖVP, betrifft eine gewünschte Sperrstundenverkürzung für Lokale in der Mondscheingasse. Ich glaube, ich kann den Motivenbericht relativ kurz halten, weil die meisten in diesem Hause kennen die leidige Situation, die ja seit Jahren sich in der Mondscheingasse abspielt, wie gesagt „Straßen-Partys“ nicht nur im Sommer, sondern fast das ganze Jahr über, einige Lokale, die zum Teil bis 5.00 Uhr in der Früh genehmigt, bitte schön, offen halten dürfen und daraus ergeben sich oder ergaben sich auch in der Vergangenheit und jetzt leider auch noch laufend Probleme.

Also, seit x Jahren führen diese von mir bereits angeführten „Straßen-Partys“ vor den Lokalen in der Mondscheingasse zu unzumutbaren Problemen, sowohl für die Bewohner und Bewohnerinnen als auch für die Exekutive. Bis zu einhundert Jugendliche belagern zum Teil die Gehsteige und auch zum Teil den Straßenraum in diesem Straßenzug und vermiesen den Bewohnerinnen und Bewohnern dort die wohlverdienten Nachtstunden. Und wie ihr und Sie alle wissen, auch durch unzählige Medienberichte gab und gibt es dort zahlreiche Sachbeschädigungen, Verunreinigungen und erst unlängst vor wenigen Tagen kam es wieder zu einem tragischen Zwischenfall, wo es sogar nach einer Rauferei und Schlägerei hier einen Schwerverletzten gab.

Es gab (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) auch von verschiedenen Ämtern der Stadt Graz und Einrichtungen verschiedene Hilfsangebote und Hilfestellungen, um dieses Problem in der Mondscheingasse zu lindern, sei es, dass wir dort eine bessere, stärkere Beleuchtung bekommen haben, zusätzliche Abfallkübeln, verstärkte Polizeipräsenz, ich will also zum Ausdruck bringen, es wurde einiges getan, nur leider brachten alle diese Hilfestellungen nicht den gewünschten

Erfolg und auch die dortigen Lokalbetreiber sind nicht besonders engagiert, hier gemeinsam mit der Bevölkerung, mit der Behörde, mit Interessierten hier zu einer Besserung dort zu gelangen. Und jetzt ist es so, dass nicht nur die Bewohner, sondern auch die Experten, ob von der Polizei oder anderen Behörden, einfach der Überzeugung sind, dass eine Verkürzung der Sperrstunde dieser Lokale auch zu einem Abwandern oder Nichtstattfinden dieser Straßen-Partys in der Mondscheingasse führen würde und aus diesem Grund und auch ausgehend von einer Diskussion, wo unter anderem Stadtrat Rüschi und Stadtrat Riedler auch dabei waren, hat sich herausgestellt, dass die Gewerbeordnung hier sehr wohl eine Möglichkeit des aktiven Eingreifens hier bietet, nämlich insofern, dass der § 113 der Gewerbeordnung vorsieht, dass im Falle von solchen Ausschreitungen die Behörde mehr oder weniger verpflichtet ist, sogar zu überlegen, ob es nicht diese Sperrstundenverkürzungen geben muss. Und in diesem Sinne und in Anbetracht dieser unzumutbaren Zustände in dieser Mondscheingasse stelle ich hier namens der SPÖ und der ÖVP-Fraktion den

### **dringlichen Antrag,**

dass die Behörde umgehend die Möglichkeit der Sperrstundenverkürzung in der Mondscheingasse insbesondere für die Lokale „Eastside“ und „Music-House“ prüfen und ehestmöglich verordnen möge. Danke (*Applaus SPÖ*).

## **2) Verkürzung der Sperrstunde in der Mondscheingasse**

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zum Kollegen Eichberger, wenn ich sage, ich mache es kurz, meine ich es auch so. Es sind zwei sehr ähnlich lautende Anträge, trotzdem sind sie nicht gleich, Motivenbericht erspare ich mir, weil er alles gesagt hat, er hat auch erwähnt, dass es hier um strafrechtliche Dinge unter Umständen auch geht,

weil ja Gewalttätigkeiten vor den Lokalen stattgefunden haben und daher beziehen wir uns in unserem Antrag auf den § 113 Ziffer 1 der Gewerbeordnung. Beides bezieht sich auf denselben Paragraphen der Gewerbeordnung, verschiedene Ziffern, in einem Fall ist die Gemeinde zuständig, im anderen Fall ist der Landeshauptmann im übertragenen Wirkungsbereich zuständig und unser

### **d r i n g l i c h e r   A n t r a g**

lautet daher, dass man hier an die Landesregierung, also an das Land herantritt, um die Möglichkeit einer Verkürzung der Sperrstunden nach dieser Vorschrift zustande zu bringen. Wie auch immer, denke ich mir, es geht um das Gleiche und ich bitte daher auch hier um die Zustimmung zur Dringlichkeit.

GR. **Zeiler** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren, ich melde mich zur Dringlichkeit, weil die KPÖ, wie Sie sich denken können, ohnehin die Anträge inhaltlich unterstützt, das ist selbstverständlich. Mein Problem liegt eher darin, wie wirksam diese Anträge sein können, denn tatsächlich ist es ohnehin so, dass die zuständige Behörde, das Referat für gewerbliche Betriebsanlagen in der Bau- und Anlagenbehörde für die Anwendung des § 113 zuständig ist und auch über die Handhabung dazu verfügt (*Applaus GRin. Jahn*). Danke. In den vergangenen Jahren wurden seitens der KPÖ immer wieder Anfragen an den Bürgermeister gestellt, die auf ein Einschreiten der Behörde in diesem Sinne in der Mondscheingasse zielten. Im Juni 2004 holte schließlich die Bau- und Anlagenbehörde beim Bundesministerium die Information ein, dass und wie die Anwendung des § 113 in ihrem Bereich liegt und so bleibt die Frage, warum handelt die Behörde nicht und dazu kommt noch, dass ich genau das den zuständigen Referenten in der Fragestunde nicht fragen kann, weil es sich um eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungsbereiches handelt. Wenngleich es dem zuständigen Stadtsenatsreferenten Miedl natürlich freisteht, falls er mich hört, hier in der Diskussion dazu Stellung zu nehmen. Wie schon angedeutet, die KPÖ stimmt sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt beider Anträge zu. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn**: Wir stimmen natürlich auch beiden Anträgen zu und ich kann eigentlich nur den Ausführungen von der Lisbeth beipflichten. Ich habe, wie ich heute den Antrag gesehen habe von der SPÖ, habe ich mich schon auch ein bisschen gewundert, weil das ja irgendwie ein Dauerthema da bei uns herinnen ist. Betriebsstättengenehmigungen, Kontrolle von Gastgärten, Kontrolle von Lokalen und Gasthäusern, wo es einfach ein Lärmproblem in den Abend- und Nachtstunden gibt und ich kann mich da zum Beispiel an einen Antrag von der Gemeinderätin Sickl erinnern, wo sie beantragt hat eine Überprüfung in der Elisabethstraße über die Betriebsstättengenehmigungen etc. und damals, das sind so Anträge, die damals von der SPÖ einfach abgelehnt worden sind, also ich finde es super, dass ihr das jetzt auch erkannt habt, dass das ein wichtiges Thema ist und dass es sinnvoll wäre, wenn die gesetzlichen Bestimmungen auch eigentlich einmal angewendet werden würden.

*Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Eichberger wurde einstimmig angenommen.*

*Die Dringlichkeit des Antrages von GRin. Mag. Uray-Frick wurde einstimmig angenommen.*

StR. **Miedl** zum Antrag: Meine Damen und Herren! Weil ich angesprochen wurde und ich mich natürlich nicht der Diskussion verweigere, kann auch für das Statut nichts, dass Sie, Frau Gemeinderätin, diesbezüglich an mich keine Frage richten dürfen, aber ich bekenne mich dazu, meine Damen und Herren, dass sich da die Politik natürlich zu äußern hat und die Politik zu handeln hat. Wir müssen diesbezüglich den Handlungsspielraum wieder zurückerobern, wirklich. Wir müssen wieder schauen, dass wir das Gesetz des Handelns an uns reißen. Ich will nicht Gastwirte, die ihre Position ausnützen, permanent ersuchen müssen, die gesetzliche Situation einzuhalten. Ich höre auf zu bitten, sondern ich will wirklich mit allen Möglichkeiten, nämlich auch mit den Möglichkeiten, die mir die entsprechenden Vorschriften der Gewerbeordnung bieten, auch durchgreifen. Meine Damen und

Herren, ich habe mir heute von der Polizei, es ist druckfrisch, geben lassen, was es so in letzter Zeit an Vorfällen in der Mondscheingasse gab. Von Körperverletzung über Diebstahl, Raufhandel, Lärmerregung, Sachbeschädigung, Anstandsverletzungen reicht die Palette. Ich bin nicht bereit, dem weiter zuzusehen. Ich habe heute in der Früh Anweisung gegeben dem Dr. Engl, als Leiter der Bau- und Anlagenbehörde, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, das zu überprüfen hat, ob die geforderten Tatbestandsmerkmale einer empfindlichen, meine Damen und Herren, einer empfindlichen Vorverlegung der Sperrstunde erfüllen. Ich habe vor, mit Ihrer Unterstützung und mit Ihrer Hilfe, dem Treiben oder ähnlichem Treiben nicht mehr zuzusehen und ich denke, meine Damen und Herren, wir werden da einen Präzedenzfall schaffen. Wir haben die Situation des Jugendschutzes im Auge zu haben, wir haben die Situation des Alkoholmissbrauchs und des Drogenmissbrauchs im Auge zu haben und wir haben die Jugend vor Gewalttaten zu schützen und ich habe vor, das auch umzusetzen (*allgemeiner Applaus*). Und wer mich kennt weiß, dass ich dann auch nicht hadere, auch wenn politischer Wind ins Gesicht bläst, weil dass das nicht einfach wird, wissen wir auch, weil der Magistrat zwar eine gesetzliche Pflicht auferlegt bekommt, aber kaum Instrumentarien zur Hand hat, um diese gesetzliche Pflicht auch umzusetzen. Das heißt, die polizeiliche Gewalt liegt in Wirklichkeit dann auch woanders. Ich habe aber deswegen heute auch mit dem Polizeidirektor beziehungsweise dem Stadtpolizeikommandanten gesprochen und ich werde relativ rasch gemischte Kommissionen zum Einsatz bringen, Sie werden davon noch hören, wahrscheinlich noch vor dem 15. Juni, wo städtische Beamten gemeinsam mit Polizeibeamten unterwegs sind, um genau diese Zustände zu überwachen, im Interesse der Umstände, die Sie in Ihrem Motivenberichten erwähnt haben. Deswegen bin ich dankbar und froh, dass es hier ein einheitliches Vorgehen gibt, mit mir können Sie rechnen, meine Damen und Herren. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. **Khull-Kholwald:** Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz auch noch das nochmals unterstreichen, was am Anfang von den beiden Damen, die hier gesprochen haben, gesagt wurde. Nämlich, dass dieses Problem hier tatsächlich schon seit Jahren bekannt ist und Außenstehende, meine

Damen und Herren, würden sich, glaube ich wirklich, wenn sie uns beobachtet hätten über diese Zeit, darüber wundern, warum es so lange dauert, bis hier ein dringlicher Antrag eingebracht werden kann, der auch tatsächlich eine Mehrheit finden wird. Das zur Vorbemerkung. Dann einen Satz zu diesen Trinkgelagen, auch hier möchte ich ganz klar sagen dürfen, dass es sich bei den dortigen Kunden, unter Anführungszeichen, nicht etwa um junge Erwachsene oder um Erwachsene handeln, sondern wirklich großteils, und das weiß ich aus eigener Erfahrung, weil ich das selbst gesehen habe, um Jugendliche um die 14. Das heißt, dieser Handlungsbedarf, den wir jetzt sehen, der hat wirklich schon sehr, sehr lange bestanden und einen dritten und letzten Satz noch zu diesem Problem, dass das Ganze sich vor den Lokalen abspielt. Meine Damen und Herren, wenn Sie am Land ins kleinste Kaff zu einer Landdiskothek gehen, dann ist es dort üblich und offenbar auch im Sinne der Kunden, dass ein Türsteher vor dem Lokal steht und darauf achtet, dass es vor dem Lokal weder zu Trinkgelagen noch insbesondere zu Sachbeschädigungen kommt, weil dort nämlich die Fahrzeuge seiner Kunden stehen und nicht irgendwelche fremden Gegenstände dann beschädigt werden. Und offenbar ist das bei diesem Lokal in den letzten zehn Jahren nicht möglich gewesen, dass ein Türsteher organisiert wird, der einfach dafür sorgt, dass draußen sich nichts abspielt und man muss sich da wirklich, auch wenn man das nicht unterstellen darf fragen, inwieweit da ein System, eine Absicht dahintergestanden hat.

GR. Mag. **Candussi**: Ich möchte zum einen Martin Khull-Kholwald vollkommen Recht geben mit seiner Wortmeldung, er hat mir da auch als Lehrer aus der Seele gesprochen, wenn ich sehe, welche Altersgruppe dort beteiligt ist, dann wird mir eigentlich auch immer einigermaßen schwummelig. Ich möchte nur auch noch ein Zweites betonen: Wir hatten in der letzten Gemeinderatssitzung auch wieder die Diskussion um die Lokale im Uni-Viertel, konkret Elisabethstraße, und ich würde mich freuen, wenn die flammende Ankündigung des Stadtrat Miedl sich nicht nur jetzt auf die Mondscheingasse beziehen würde, sondern tatsächlich vor allem auch auf die Gegend dort, dort ist die Altersgruppe zwar ein bisschen eine andere, nicht wesentlich, aber von der Äußerung her ist es dort durchaus ähnlich und von der Lärmbelastung beziehungsweise von der Belastung für die anrainende Bevölkerung.

Und ich frage mich wirklich, warum es bis dato nicht möglich war, im Uni-Viertel diese Sperrstundenregelung wirklich zu hinterfragen, die dort exzessiv ausgeweitet wurde, speziell in der Elisabethstraße und warum es jetzt dort geht, es soll mir recht sein, wenn es auf beiden Seiten ginge, ich wäre da wirklich dafür, dass mit gleichem Maß an beiden Stellen gemessen wird. Danke.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte mich recht herzlich beim Herrn Gemeinderat Eichberger und auch beim Kollegen Miedl für das Engagement bedanken. Gerhard Rüschi und ich waren bei einer Bezirksversammlung, wo dieses Thema angesprochen wurde und sehr eindrucksvoll mit Fotografien auch belegt wurde. Es geht auch, das ist jetzt gerade von Hermann Candussi auch angemerkt worden, um die Menschen, die in dem Bereich leben, wohnen und die verzweifeln, weil sie sich von den Ämtern und von der Polizei in einem gewissen Ausmaß und von der Politik im Stich gelassen fühlen. Das versteht man dann, wenn man weiß, dass es bereits eine Initiative gab. Wenn ich mich richtig erinnere von der Tatjana Kaltenbeck-Michl, als man versucht hat, hier mit den Jugendlichen und mit den Lokalbesitzern zu Regelungen zu kommen, die Sperrstunde vorzulegen und wie zum Hohn ist die Sperrstunde nach hinten verlegt worden, also in die frühen Morgenstunden hinein verlegt worden, das war der Effekt dann. Die Menschen trauen sich am Abend nicht mehr auf die Straße, die Menschen haben Angst, es werden dort Autos beschädigt, man muss die Autos weit, weit wegstellen und nicht zuletzt kommen auch die Aspekte noch zum Tragen, die Werner Miedl angesprochen hat, nämlich auch der Jugendschutz, der eine große Rolle spielt. Ich glaube also, dass das ein exzellentes Präzedenzbeispiel für ein konsequentes Reagieren der Stadt Graz sein kann und sein muss und das dann auch dazu führen wird, dass sich andere Lokalbesitzer sehr überlegen werden, ob sie in ihrem Umfeld für Ordnung sorgen oder nicht. Ich hoffe dass das alles juristisch so....

***Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Die zählen ja wie die Bürgerwehr.***

Dr. **Riedler**: ...ich hoffe, dass das juristisch auch alles so halten wird und funktionieren wird und ich bin also wirklich froh, dass diese Initiative vom Gemeinderat Klaus Eichberger und vom freiheitlichen Klub natürlich gemeinsam getragen, hier auch eine Mehrheit finden wird und ein richtiger Anstoß zum richtigen Zeitpunkt sein wird.

GR. **Eichberger**: Im Namen der Bewohnerinnen und Bewohner rund um diese lärmgeplagte Mondscheingasse ein herzliches Dankeschön zu diesem klaren Bekenntnis, dass hier wirklich etwas getan wird und Dank und Gratulation auch an dieser Stelle zur angekündigten Härte und zur Durchsetzungskraft des Herrn Stadtrat Miedl. Dankeschön.

*Die Anträge von GR. Eichberger und GRin. Mag. Uray-Frick wurden einstimmig angenommen.*

### **3) Konzipierung eines Jugendbeirates als wichtigen Beitrag der Jugendbeteiligung in Graz**

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP, Grünen und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat, werte Schülervereine auf der Galerie! Anfang 2003 durften erstmals Jugendliche mit dem vollendeten 16. Lebensjahr an der Grazer Gemeinderatswahl teilnehmen. Gegen die Erwartungen vieler Kritiker war die Wahlbeteiligung der jungen Menschen im Durchschnitt zu den anderen Generationen um nichts schlechter.



Zwar können junge Menschen in unserer Stadt bei kommunalen Wahlen ihre Stimme abgeben, doch gibt es bei den jugendrelevanten Entscheidungen für die Zielgruppe 14 aufwärts kaum bis gar keine Möglichkeit mitzureden.

Bei dem Treffen der Europapreisträgerstädte, welches Anfang Mai hier in Graz stattgefunden hat, konnten sich die Vertreter aus Graz von den Jugendbeteiligungsmodellen anderer Städte überzeugen.

Auch für Graz wäre es besonders wichtig, wenn Vertreter von Jugendverbänden, Jugendvereinen und Jugendinteressensgemeinschaften sich in einem Beirat gemeinsam für die Anliegen der jungen Menschen einsetzen würden. Als Vorlage könnte die Zusammensetzung des Landesjugendbeirates dienen.

Ein solcher Jugendbeirat sollte junge Ideen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeben, die Stadtregierung in Jugendfragen beraten und auch bei der Vergabe der Mittel aus der Jugendförderung aktiv mit eingebunden sein.

Da ein solches Partizipationsmodell für eine höhere Wahlbeteiligung der Jugend sorgen kann, sollte umgehend mit einer Konzipierung beziehungsweise Umsetzung eines Jugendbeirates gestartet werden.

Namens der Fraktionen von ÖVP, Grüne und FÖ stelle ich daher den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g ,**

der Gemeinde möge Folgendes beschließen:

Die Stadt Graz spricht sich für die Einrichtung eines Jugendbeteiligungsmodells, wie etwa eines Jugendbeirates, aus und setzte somit ein starkes Zeichen der Jugendmitbestimmung.

Die Jugendsprecher aller im Gemeinderat vertretenen Parteien sollen mit der zuständigen Magistratsabteilung – Amt für Jugend und Familie sowie mit Unterstützung externer Experten ein für Graz geeignetes Modell der

Jugendbeteiligung erarbeiten und dieses ehestmöglich dem Gemeinderat zur Beratung beziehungsweise Beschlussfassung vorlegen. Als erster Schritt soll die Möglichkeit von Jugendbeteiligungsmodellen beziehungsweise die Erarbeitung dieser im Rahmen der Planungswerkstätte Graz überprüft werden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Perissutti** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion darf ich folgenden Abänderungsantrag zum vorliegenden dringlichen Antrag stellen:

Anfang 2003 durften erstmals Jugendliche mit dem vollendeten 16. Lebensjahr an der Grazer Gemeinderatswahl teilnehmen. Gegen die Erwartungen vieler Kritiker war die Wahlbeteiligung der jungen Menschen im Durchschnitt zu den anderen Generationen um nichts schlechter.

Zwar können junge Menschen in unserer Stadt bei kommunalen Wahlen ihre Stimme abgeben, doch sind die Mitbeteiligungsmöglichkeiten für die Zielgruppe ab 14 Jahre weiter auszubauen.

Bei dem Treffen der Europapreisträgerstädte, welches Anfang Mai hier in Graz stattgefunden hat, konnten sich die Vertreter der Stadt Graz von den Jugendbeteiligungsmodellen anderer Städte überzeugen.

Auch für Graz wäre es besonders wichtig, Partizipationsmodelle auszubauen, die auch für eine höhere Wahlbeteiligung der Jugend sorgen können.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Die Stadt Graz spricht sich ein weiteres Mal, siehe Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundlichere Stadt, Leitlinien für die Grazer Jugendpolitik, für die Einrichtung

eines Jugendbeteiligungsmodells aus und setzt somit ein starkes Zeichen der Jugendmitbestimmung.

Dieses soll im Rahmen der Werkstatt Graz, wo ja auch Jugendliche explizit als Zielgruppe der Mitbeteiligung genannt sind, mit Unterstützung externer ExpertInnen erarbeitet und dem Jugendausschuss zum Beschluss vorgelegt werden. Dankeschön.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Gemeinderat Hohensinner ist engagiert bei Jugendthemen und hat heute den Vorschlag gemacht, die Stadt Graz soll ein Partizipationsmodell für die Zielgruppe junger Menschen erarbeiten und auch Überlegungen angestellt, so eine Jugendbeteiligung könnte sich so ähnlich darstellen wie der Jugendbeirat auf der Ebene des Landes. Ich möchte Sie bitten, mir ein bisschen Zeit zu geben, um Ihnen etwas vorzulesen, zu zitieren, ich sage Ihnen dann, woraus das ist, zum Thema Jugendbeteiligung. Da heißt es, BürgerInnenbeteiligung ist Basis und Fundament jeder Demokratie, eine funktionierende Demokratie braucht Beteiligung und Mitbestimmung sowie engagierte Menschen und Rahmenbedingungen, die dieses Engagement ermöglichen. Ein bisschen weiter unten heißt es: Kinder und Jugendliche. Demokratie fängt klein an, wenn wir von unseren Kindern fordern aktive und engagierte denkende Menschen zu werden, dann müssen wir auch die Basis dafür schaffen, durch demokratische Beteiligung von Kindesalter an. Kinder und Jugendliche zu beteiligten heißt, dass diese bei Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, mitreden, mitgestalten und mitbestimmen können. So geht das dann weiter. Unter dem Titel Partizipation heißt es dann: Partizipation bedeutet immer, dass Kinder und Jugendliche nicht allein, sondern begleitet und unterstützt von Fachleuten ein Problem bearbeiten oder ein Projekt gestalten. Die Beteiligten sind gleichberechtigte PartnerInnen und nehmen aktiv am Modellentwicklungs- und entscheidungsprozess teil. Das, meine Damen und Herren, liebe KollegInnen, lieber

Kollege Hohensinner, ist ein Konzept, das sind, glaube ich, 21 Seiten unter dem Titel „Jetzt passt’s“, das im Auftrage des Jugendamtes der Stadt Graz unter Mitarbeit auch der JugendsprecherInnen in der letzten Periode aller Fraktionen erarbeitet worden. Ein Konzept für Beteiligung von und für Kinder und Jugendliche in der Stadt Graz und das vorliegende Konzept beinhaltet einen Vorschlag für einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates der Stadt Graz für mögliche Modelle, die die Stadt Graz durchführen könnte im Bereich der Beteiligung. Es ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppe, in der alle relevanten Grazer Jugendorganisationen mitgearbeitet haben, die verbandlichen und die nichtverbandlichen und es ist das Ergebnis von Fokusgruppen, in denen sehr viele Jugendliche der Stadt Graz mitgearbeitet haben. Es beinhaltet den Vorschlag für einen Grundsatzbeschluss, es beinhaltet den Antrag für einen Gemeinderatsbeschluss, wo festgelegt ist, in welchen Lebensbereichen Jugendliche mitbeteiligt werden wollen und mitbeteiligt werden sollten. Es geht um die Bereiche Kultur, es geht um Planen und Bauen, es geht um Verkehr und Mobilität, es geht um Schule, Wohnen, Recht und eigentlich um alle Ressortverantwortlichkeiten in dieser Stadt und um alle Politikfelder und Politikbereiche in dieser Stadt. Das Konzept beinhaltet weiters die Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, da wird darauf hingewiesen, dass es sich um freiwillige Teilnahme handeln muss, dass Erwachsene in solchen Dialogprozessen von entsprechender Wertschätzung gegenüber den Anliegen der Jugendlichen ausgehen müssen, es wird wieder einmal darauf hingewiesen, dass Beteiligungsprozesse, die ja soziale und politische Lernprozesse sind, kompetente Begleitung von Experten und Expertinnen brauchen, es wird auf die Überparteilichkeit hingewiesen, auf Transparenz und Überschaubarkeit, auf Verbindlichkeit und die Notwendigkeit von Dokumentation. Es beinhaltet weiters die Ergebnisse der Fokusgruppen und das Konzept beinhaltet letztendlich in einer Zusammenfassung Handlungs- und Umsetzungsmöglichkeiten, die in einem Gemeinderatsbeschluss sozusagen ihren Ausdruck finden sollten. Vorgeschlagen wird in diesem Konzept, mit zwei Modellprojekten zu beginnen, nämlich mit der öffentlichen Platzgestaltung und mit Modellprojekt 2, Spiel- oder Bezirkssportplatz. Soweit so gut und in weiterer Folge sollten analoge Module, Beteiligungsmodule stattfinden zu den Projektbereichen Freizeit, Planen, Bauen, Verkehr und Mobilität, Schule, Wohnen. Ich habe dieses Konzept seinerzeit, das ungefähr in einem halbjährigen Prozess, mit, wie ich gesagt habe, sehr vielen Beteiligten erarbeitet

wurde, erstens jedem einzelnen Mitglied der Stadtregierung vorgestellt, jedem einzelnen und mit den Mitgliedern der Stadtregierung darüber geredet, wo sie denn Möglichkeit sehen, in ihrer Politikverantwortung solche Beteiligungsprozesse durchzuführen. Zum Beispiel kam damals die Überlegung, dass das Wohnungsamt Kinder und Jugendliche beteiligen könnte. Ich habe mit dem Stadtrat Rüschi ein langes Gespräch dazu geführt, weil ja unter anderem auch vor allem der Planungsbereich angesprochen ist als wichtiges Beteiligungsfeld. Kollege Rüschi hat mir damals gesagt, er hält das alles für gut und sinnvoll, aber eigentlich macht es das überflüssig, solch ein Konzept, weil ja die Beteiligung ohnehin sozusagen das Thema in der Werkstatt Graz ist, das ja sein Projekt war. Dazu werde ich später dann noch etwas sagen. Faktum ist, ich habe mich immer für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stark gemacht, das Kinderparlament ist ja auch Ausdruck dafür, Faktum ist, das Amt für Jugend und Familie arbeitet seit dem Jahr 1995 immer wieder an Beteiligungsprojekten, vielleicht sind sie in der Öffentlichkeit zu wenig sichtbar. Ich möchte nur einige Beispiele nennen, ich nenne das Projekt EPI, ein Grazer Beteiligungsprojekt im Rahmen der EU mit Beteiligung wesentlicher europäischer Staaten und Städte, EPI verfolgt das Ziel, Jugendliche selbst untersuchen zu lassen, wie und wo in sechs verschiedenen europäischen Städten Jugendpartizipation durchgeführt wird und es erfolgte auch eine Überprüfung des Standortes Graz. Einige Erkenntnisse, die, glaube ich, für uns alle interessant sind, weil nämlich diese Studie auch zusammenfasst, welchen Eindruck die Jugendlichen von Spitzenpolitikern und –politikerinnen, die ja alle befragt wurden im Zusammenhang mit dem Thema Beteiligung haben. Erkenntnisse: Die Jugendlichen formulierten europaweit, einige der Befragten, nämlich auf Graz bezogen, ich sage es noch einmal, Teile der befragten PolitikerInnen scheinen sich im Klaren darüber zu sein, welche bestehenden Möglichkeiten und Unmöglichkeiten es gibt, um junge MitbürgerInnen zu beteiligen. Die Grazer Beispiele für Beteiligungsprojekte zeigen, dass Beteiligung von Jugendlichen vorzugsweise im Lebensumfeld der jungen Leute stattfindet, in ihrem Wohnumfeld, in ihrer Bildungsstätte, im Zusammenhang mit ihren Freizeiteinrichtungen und die Jugendlichen weisen dann darauf hin, dass ist ein Ergebnis, das zeigt, dass die Themen konkreter Beteiligungsprojekte andere sind, als jene, von denen Erwachsene oft glauben, dass sie für Jugendliche interessant seien. Jugendliche wollen vor allem beteiligt werden und das machen wir in der Stadt Graz, ich werde da noch ein Beispiel nennen, in ihrem konkreten Lebensumfeld, in ihren

Lebensräumen. Die Beispiele zeigen weiters, dass die Initiative zu den vorgestellten Projekten zumeist von den PolitikerInnen ausgehen, in dem Fall natürlich von der zuständigen Jugendpolitikerin in erster Linie. Diese Rückmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden auch dem Bürgermeister mit den Ergebnissen übermittelt und es waren auch diese und weitere Erfahrungen, die eingeflossen sind in Beteiligungsprojekte, die wir in der Stadt Graz vorantreiben. Ich erinnere daran, wir hatten das Projekt Jugendwerkstatt, auch im Rahmen dieses Projektes, an dem in der letzten Gemeinderatsperiode alle Jugendsprecher und Jugendsprecherinnen aller Fraktionen, manche werden sich noch gut daran erinnern, sehr intensiv gearbeitet haben an Beteiligungsmodellen und auch dieses Pass-Projekt zum Beispiel diskutiert haben. Aus diesem Projekt sind hervorgegangen die Leitlinien für die Jugendarbeit, die ja auch im Grazer Gemeinderat beschlossen wurden, leider konnte trotz meiner Einladung und meiner Initiativen das Projekt Jugendwerkstatt in dieser Periode nicht fortgesetzt werden, weil neu handelnde Personen, ich sage nicht in allen Fraktionen, aber in einer bestimmten Fraktion einfach den Einladungen nicht mehr gefolgt sind und kein Interesse an den Diskussionen gezeigt haben, was wir sehr bedauert haben. Ich erinnere daran, dass es meine Initiativen waren, die dazu geführt haben, dass in den Pflichtschulen die Schulhofgestaltungen zum Beispiel immer unter Einbeziehung der Betroffenen stattgefunden haben, ich erinnere daran, dass es keine Platzgestaltung in der Stadt Graz gegeben hat, wo wir nicht, vom Jugendamt finanziert, Beteiligungsprojekte durchgeführt haben. Schade, dass wenig von dem, was die Jugendlichen geplant haben, dann tatsächlich umgesetzt wurde. Ich erinnere daran, dass der Hauptplatz vermutlich anders ausschauen würde, wären die Ergebnisse der Mitarbeit der Jugendlichen eingeflossen in die Planung, gar nicht zu reden vom Jakominiplatz und anderen Plätzen. Ich erinnere daran, dass wir in den letzten Jahren viele Beteiligungsprojekte durchgeführt haben, in riesengroßen Wohnsiedlungen, wo es zu Konflikten und Auseinandersetzung zwischen jungen Menschen, Nutzungskonflikten in erster Linie, zwischen jungen Menschen und der älteren Generation gegeben hat, ich erinnere an die Projekte in der Arlandsiedlung, in der Denggenhofsiedlung läuft das Beteiligungsprojekt seit zehn Jahren, dort haben die Jugendlichen sogar es geschafft, einen eigenen Jugendraum zu bekommen in der Siedlung. Ich erinnere an die Neuholdausiedlung. Ich erinnere an das Beteiligungsprojekt Teens open space, ein Projekt, das von 2004 bis 2005 gelaufen ist. Ich erinnere an das Projekt, das wir jetzt gerade durchführen, das Projekt Girls-

Parlament, viele andere kleinere Projekte würden mir noch einfallen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Hohensinner, es ist einfach nicht richtig, wenn in eurem Motivationsbericht sich die Sache so darstellt, als gäbe es in Graz nicht Beteiligungsangebote und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Noch einmal, ich stehe dazu, Beteiligung zu forcieren, ich bin dafür, unsere Beteiligung auszubauen, aber es muss uns auch klar sein, das bedeutet Expertinnen und Experten, die davon etwas verstehen, zu beauftragen und das bedeutet natürlich auch finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um das, was Jugendliche planen, andenken und entscheiden wollen, auch umzusetzen. Beteiligung ist kein Wunschkonzert, sondern Beteiligung muss ein Dialog zwischen Erwachsenen und Jugendlichen und insbesondere zwischen Politik und Jugendlichen sein und ich bin auch dafür, Beteiligung nicht so zu verstehen, dass wir sagen, Jugendliche wünscht euch was, plant was und dann stellen wir euch das zur Verfügung, sondern ich bin vielmehr dafür, aus Beteiligungsprozessen einen politischen Sozialisationsprozess zu machen, der junge Menschen befähigt zu verstehen, dass es in jeder Gesellschaft Nutzungsinteressen und Nutzungskonflikte gibt und unterschiedliche Bedürfnisse. Und wenn es gelingt, jungen Menschen klarzumachen, dass es immer darum geht, eine Gesamtschau zu haben und dass das auch die wesentliche Aufgabe der Politik ist, dann haben sie eine wichtige politische Lernerfahrung gemacht. Weil es den Hinweis auf die deutschen Städte gibt, ich habe ja auch im Rahmen dieses Passkonzeptes mit Vertretern/Verteterinnen der Jugendorganisationen, ich bin übrigens von einer Zeitung und einem Journalisten dafür etwas getadelt worden, eine Bildungsreise nach Stockholm durchgeführt, um vier Tage lang uns dort Jugendbeteiligungsmodelle anzuschauen. Ich war natürlich sehr begeistert, was es dort alles gibt, einige Kolleginnen waren mit damals, also auch aus allen Fraktionen waren sie eingeladen, es gibt nur einen großen Unterschied: In Schweden und überhaupt in den nordischen Ländern gibt es so etwas wie eine Beteiligungskultur, die sich über alle öffentlichen Körperschaften zieht, das heißt, in Schweden beispielsweise ist Beteiligung eine nationale Kraftanstrengung, gibt es auf Bundesebene eine Beteiligungsbeauftragte, die ungefähr 20 MitarbeiterInnen hat, die nichts anderes machen, als Beteiligungsprojekte zu entwickeln für die Gemeinden, für die Städte oder zu entscheiden über die Finanzierung von Beteiligungsprojekten. Das wäre übrigens ein spannender Antrag, den wir im Gemeinderat stellen könnten, um den Bund aufzufordern, hier aktiv zu werden. Ich weiß, ich bin ein bisschen lang,

aber es ist, denke ich, schon ein wichtiges Thema. Was die Idee Jugendbeirat anbelangt, so mag ich auch darauf hinweisen, ich habe es mir heute noch einmal angeschaut im Internet, im Jugendbeirat sind Vertreter/Vertreterinnen der Parteien, sind Vertreter/Vertreterinnen der verbandlichen Jugendarbeit, fast alle von ihnen sind in Graz wohnhaft und ich habe mir auch die Projekte angeschaut, um die es da geht. Natürlich beziehen sich alle Projekte auch auf die Landeshauptstadt und es ist ja wohl davon auszugehen, dass jene, die im Landesjugendbeirat aktiv sind, auch sich aktiv einbringen für die Interessen der Grazer Jugendlichen. Drüber hinaus halte ich nicht sehr viel davon, wenn wir Jugendbeteiligung so verstehen, dass junge Menschen genau die Strukturen nachahmen und kopieren, die wir für unsere Politik geschaffen haben. Ich bin schon dafür, dass wir junge Menschen befähigen, vielleicht ein bisschen kreativer Politik zu machen, als wir das manches Mal machen und auf kreativere Weise Ideen zu entwickeln. Ich habe auch ein bisschen den Verdacht, dass dieser Antrag in einem Zusammenhang steht mit einem Anliegen, dass der Kollege Miedl mir, ich glaube in der letzten oder vorletzten Stadtsenatssitzung, mitgeteilt hat, als es nämlich darum ging, eine Subvention in meinem Bereich zu beschließen, hat er mich gefragt, ob ich denn daran denke, auch im Jugendbereich einen Beirat analog zum Kulturbeirat und Kunstbeirat zu gründen, der dann entscheiden soll, wer wofür Subventionen bekommt oder eben nicht. Also, jetzt sage ich einfach dazu und das habe ich auch in der Stadtsenatssitzung gesagt, wenn ein Kulturreferent, wie immer er auch heißt, das kommt ja schon vom Vorgänger von Stadtrat Miedl, meint, dass er einen Beirat braucht, um bewerten zu können, ob beispielsweise ein Theater im Keller weniger Subventionen oder mehr als bisher bekommen soll, dann ist das seine Sache. Ich glaube jedenfalls, dass ich ganz gut beurteilen kann, ob die Projekte, die auf meinen Tisch landen, die ich sehr genau und sehr gewissenhaft prüfe, auch gute Projekte sind. Ich bin im Übrigen überhaupt dafür, die Mittelvergabe selbst zu entscheiden und nicht an jemanden zu delegieren, bin ich aber auch dafür, dann die Verantwortung dafür selber zu übernehmen und nicht an einen Beirat zu delegieren, dafür, denke ich, werde ich eben ganz gut bezahlt. Darüber hinaus würde ich dann auch die Frage stellen, wenn schon ein Beirat gewünscht wird, der mitbestimmt bei Mittelvergaben im Bereich der Jugendpolitik, dann diskutieren wir, dann fragen wir, warum haben wir nicht einen Sportbeirat, der sich mit den Sportsubventionen beschäftigt...



***Zwischenrufe unverständlich.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Der Sportbeirat entscheidet keine Subventionen, erzählt mir das bitte nicht, also wirklich nicht. Warum haben wir keinen Beirat für Kirchenförderungen, mir ist eingefallen einen Kirchenglockenbeirat, weil wir so viele Kirchenglocken beschließen, könnten wir ja auch brauchen. Warum haben wir keinen Wirtschaftsförderungsbeirat, warum haben wir keinen Beirat in vielen anderen Ressorts. Ich weiß, dass euch das ärgert, ich komme eh schon zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. 600.000 Euro investiert die Stadt Graz in ein Beteiligungsprojekt Werkstatt Graz unter der Federführung von Kollegen Rüschi. Und jetzt komme ich auf das zurück, was der Kollege Rüschi mir damals gesagt hat, als er gemeint hat, wir machen das eh in diesem Projekt und er steht auch zu dem, was er gesagt hat, den ich zitiere. Da geht es um den Verlauf der drei Phasen. Erstens, die Vorbereitungsphase besteht aus vier zeitlich überlappenden Schritten, politische und operative Steuerung einsetzen. Zweitens, Kommunikationsstrategie entwickeln, drittens, Prozessevaluation kopieren und viertens Bürgerbeirat aktivieren und dann steht zweitens, in der Beteiligungsphase findet der Einbezug der Bevölkerung und der Anspruchsgruppen statt, dazu werden ein Basisprozess und fünf Begleitprozesse für spezielle Zielgruppen vorgeschlagen. Kinder, Jugendliche, MigrantInnen, Wirtschaft, ArbeitnehmerInnen, Tourismus, Universitäten, Fachhochschulen und Kulturschaffende. Ich bin davon überzeugt, dass es hier zu einem guten Beteiligungsmodell kommen wird für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt und ich überlege mir jetzt auch, dieses Konzept „Passt“ in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen zur Beschlusslage vorzulegen. Ich hoffe, dass die ÖVP dann auch mitstimmt, wenn es darum geht, tatsächlich etwas umzusetzen, allerdings, kosten tut es auch was (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Ich habe eigentlich nicht vor gehabt, mich zu dem Tagesordnungspunkt zu melden, aber jetzt im Zuge der Debatte möchte ich doch etwas dazu sagen. Und zwar, Jugendbeteiligung ist für unsere Fraktion sicher ein

ganz wesentlicher Faktor. Ich möchte erinnern, wir haben hier im Gemeinderat die Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt einstimmig beschlossen. Für mich wäre es ganz wichtig, wenn aus diesen Leitlinien Richtlinien werden. Leitlinien, das ist etwas, das kann umgesetzt werden, kann aber auch nicht, und ich glaube, darüber sollten wir auch einmal hier nachdenken. Wir sollten auch einmal über Konzepterarbeitungen hinauskommen und in die Umsetzungsphase kommen (*Applaus KPÖ*). Es ist so, die Frau Stadträtin hat hier viele Konzepte, die erarbeitet wurden, vorgestellt, ich würde vorschlagen, nachdem wir wahrscheinlich alle miteinander nicht alle kennen, dass wir im Jugend- und Familienausschuss vielleicht diese Konzepte auch einmal präsentiert bekommen. Ich glaube auch, dass Jugendbeteiligung nicht nur im Jugendamt angesiedelt werden kann. Jugendbeteiligung muss alle Bereiche, alle Ressorts betreffen, das ist auch in den Leitlinien festgeschrieben, die wir beschlossen haben. Und aus diesem Grund ist auch der Antrag für mich, wo es wieder darum geht, das Jugendamt ausschließlich zu beauftragen um hier etwas einmal in Gang zu bringen, nicht der richtige Weg. Unsere Fraktion hat beim letzten oder vorletzten Gemeinderat die Werkstatt Graz, dieses Bürgerbeteiligungsmodell mitbeschlossen und wir glauben auch, dass wir hier ein Instrument in der Hand haben, das ressortübergreifend agieren sollte und dass diese Jugendbeteiligung eigentlich gerade zur Ausarbeitung und zur Umsetzung in der Werkstatt Graz angesiedelt werden soll. Ich möchte noch etwas sagen zu den Beiräten. Es ist in der ursprünglichen Form des Antrages die Vorstellung gewesen in Richtung Landesjugendbeirat das Ganze anzulegen, ich habe meine persönlichen Erfahrungen mit dem Landesjugendbeirat, ich möchte davor warnen, wieder in eine Situation zu kommen, wo Parteiorganisationen, etablierte Jugendinstitutionen sich dort Gelder verteilen. Also, das sollte auf keinen Fall wieder kommen (*Applaus KPÖ*). Aus diesem Grund wird unsere Fraktion dem Abänderungsantrag zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn:** Ich kann dem allen nur zustimmen, was du gesagt hast und es war niemals die Intention, jetzt suggerieren zu wollen, dass von deiner Seite keine Aktivitäten zu dem Thema kommen, weil ich glaube, es wissen alle, dass da genug passiert ist. Der Antrag besagt eigentlich nur, wir wollen, dass in dem Bereich nach

Möglichkeit auch mehr gemacht wird. Was für mich bedeutet auch ein positives Signal auch in deine Richtung, was jetzt die Budgetfragen betrifft, weil klar, solche Dinge wie jetzt „Passt“ und andere Projekte sind nur umsetzbar, wenn es auch mehr Geld dazu gibt und insofern sehe ich das jetzt auch seitens der ÖVP als Zusage, auch in dem Bereich einen Schwerpunkt zu setzen. Ich interpretiere es jetzt einmal so als positives Signal in die Richtung. Ja der Antrag besagt eigentlich nur, es soll noch mehr passieren, es soll noch mehr investiert werden. Ich denke, es kann auch den JugendsprecherInnen nicht schaden, wenn wir uns einmal zusammensetzen und uns die ganzen Modelle anschauen und uns zu allererst die Leute von der Werkstatt Graz, die ja hoffentlich bald ein Team geformt haben werden, hernehmen und sie uns auch erklären, welche Möglichkeiten von Beteiligung es im Rahmen der Werkstatt gibt und ich sehe da jetzt insgesamt zu dem, was du gesagt hast, auch zu der Meldung von der KPÖ nicht soviel Widersprüche, das muss ich auch ehrlich sagen. Also, wie gesagt, sind wir auch auf den Antrag mit draufgegangen, weil wir das für sehr vernünftig halten insgesamt. Wenn das jetzt als Stück eingebracht wäre, das würde ich sehr, sehr super finden. Genauso unterstützen wir auch den Vorschlag, die Leitlinien in wirkliche Richtlinien umzusetzen und es gibt da auch in vielen anderen Bereichen solche Leitlinien, die wir dann vielleicht auch gleich alle umsetzen können, da wäre uns in vielen Bereichen, glaube ich, geholfen.

**GR. Rajakovics:** Ich werde mich bemühen, sehr cool zu sein, aber ein paar Sachen möchte ich trotz allem da anbringen, weil der Rechenschaftsbericht von dir war ja durchaus akzeptabel, weil dass du als Jugendstadträtin dich für Jugendanliegen auch einsetzt und das auch durchaus immer wieder über Konzepte versuchst auch von der Grundlagenforschung her zu untermauern, ist in Ordnung und stellt auch niemand in Abrede. Daher ist auch für mich keine Frage, dass grundsätzlich in der Werkstatt das Thema Jugend eine Rolle spielen wird und dass der Gerhard Rüscher das auch in seinem Konzept drinnen hat, dass wenn man über Verkehrsfragen diskutiert, die Bevölkerung als Ganzes gesehen werden muss und damit natürlich auch die Jugend eingebunden sein muss in solche Prozesse, ist auch klar. Wir haben ja kein Problem mit der Werkstatt gehabt, ich kann mich erinnern, dass es eher auf eurer Seite da schwierig war, dass dieses Thema Werkstatt tatsächlich das

Licht des Gemeinderates positiv erreicht hat. Man soll es auch nutzen, aber es wäre interessant, wenn es eine Jugendwerkstatt gibt zum Thema Jugendbeteiligung, ob das unbedingt das Thema der Werkstatt ist, das Thema der Werkstatt ist eher sehr stark dann, sehr stark auf konkrete Projekte aus meiner Sicht. Also, Konzepte und Grundlagen gibt es zahlreiche, ich erinnere aber, dass dann bei der Umsetzung im Bereich Jugendförderung es aus meiner Sicht doch immer sehr stark divergierende Meinungen von deiner Seite gegeben hat, ich erinnere, heute habe ich dich ja schon gefragt zum Thema...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Rajakovics:** Wir haben heute über das Thema diskutiert, ich habe dich gefragt zum Thema Jukus, dass dort Jugendliche sind, die zwar österreichische Staatsbürger sind, aber türkische Namen haben und daher dem Integrationsreferat anheim fallen, wo letztlich, das ist eine Aufstellung, die wir vom Magistratsdirektor bekommen haben voriges Jahr, insgesamt durchaus 400.000 Euro aus dem Bereich des Jugendamtes in Richtung Integration fließen, also wenn es passt, dann gibt es durchaus Projekte, wo das Jugendamt auch bei der Integration zuständig ist, nicht verpflichtende Projekte, sondern freie Projekte über den Verein Isop etc., wenn es nicht passt, dann ist es Sache des Bürgermeisters, der für das gesamte Integrationsbudget 40.000 Euro hat. Das Gleiche war im Bereich bei der Rockmusik, wir haben das Jugendzentrum Explosiv, das es nicht mehr geben würde, wenn es nicht von der Jugend zur Kultur gewandert wäre, weil es in deinem Interesse nicht war, in dieser Form Jugendförderung zu betreiben, das hat nicht gepasst in das Konzept, Jugendzentren müssen auch einen sozialarbeiterischen Ansatz praktisch haben, das hat der Herr Molner nicht entsprechend aus deiner Sicht beschreiben können, daher hat es das Jugendzentrum Explosiv aus Förderungen des Jugend...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Rajakovics:** Und wenn der Helmut Strobl damals nicht eingesprungen wäre, dann würde es heute das Explosiv, das nachweislich nach wie vor ein besonders gutes Jugendzentrum ist und mit sehr schwierigen Kunden, nämlich Punks und der ganzen rechten Szene, gar nicht so schlecht zurande kommt, würde es heute nicht geben. Das heißt, ich möchte nicht deine Arbeit schlecht machen, aber ich möchte ein paar Sachen, die du da gesagt hast durchaus relativieren, auch dein hohes Lied auf Stockholm, du bist gekommen, warst begeistert von den Jugendzentren, die ihr euch angeschaut habt, gleichzeitig haben die Betreiber, wir haben erst vor kurzem im Kulturausschuss das PPC gesagt, das war ein durchaus viel größer geplantes Projekt und da waren viele Punkte drinnen, die alle in Stockholm so super gefunden haben, das war aber nicht notwendig, dafür hat es kein Kindermuseum gegeben. Also, da sind die Schwerpunkte von deiner Seite durchaus auch anders gelegt worden. Es geht schon ein bisschen darum, nicht nur Jugendbeteiligung in Richtung zu sehen, bei welchen Projekten sind Jugendliche dabei und können mitreden, sondern durchaus in der Zielrichtung von Jugendpolitik insgesamt und da liegt dein Schwerpunkt, der von mir akzeptiert wird, dass du deinen Schwerpunkt so hast, aber dein Schwerpunkt liegt in der Jugendsozialarbeit und der Jugendförderung in ihrer Breite vom Sport über die Rockmusik bis hin zum Beispiel, Konzepten wie es das PPC damals vorgestellt hat oder halt Jugendzentren, die vielleicht einen anderen Schwerpunkt haben wie das Jukus, das ist dann nicht unbedingt im Interesse von dir und daher wird es auch nicht entsprechend gefördert (*Applaus ÖVP*). Und ein Jugendbeirat könnte durchaus ein bisschen regelnd auch eingreifen, dass diese vielen Maßnahmen nicht ausschließlich eine Selektion von deiner Seite erfahren und nichts anderes ist es. Ich glaube, dass der Schwerpunkt der Konzepte, die gekommen sind, durchaus brauchbar ist und eine Grundlage sind dafür, ob das jetzt „Passt“ ist oder ob es die Leitlinien zur Jugendarbeit, wo ich ja noch Vorsitzender sein durfte des Jugendausschusses, das sind ja durchaus Leitlinien, die durchaus für ein gemeinsames Diskutieren eine gute Grundlage bieten, aber im Ernstfall sind deine Entscheidungen dann sehr nach deinem Gutdünken und es wären auch schon heute Jugendzentren auf der Strecke geblieben, wenn da nicht entweder der

Sportreferent, der Kulturreferent oder sonst jemand eingesprungen wäre (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die umfassende Attraktivität der Planungswerkstatt ist ein erfreuliches Thema. Ich denke, wir sollten nur aufpassen, dass die Planungswerkstatt nicht ein bisschen zum Feigenblatt wird. Wir sind alle für die Jugendbeteiligung, aber machen soll man es in der Planungswerkstatt. Da klingt auch ein bisschen Abschieben mit, sich nicht damit befassen wollen, man schiebt das zur Planungswerkstatt hin und dort soll es gemacht werden. Der Thomas Rajakovics hat schon einige Sachen dazu gesagt, ich möchte jetzt einmal aus meiner Sicht klar sagen, was die Planungswerkstatt ist und was sie nicht ist. Die Planungswerkstatt ist Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung, also inhaltlich ganz klar determiniert Stadtentwicklung. Selbstverständlich wird es dort Jugendbeteiligung geben in sehr hohem Ausmaß, aber es wird natürlich auch Beteiligung von Frauen geben, von Minderheiten, von ganz normalen Bürgern eben, von der gesamten städtischen Bevölkerung. Das heißt, um es so zu sagen, die Planungswerkstatt als Probefall zu nehmen, um hier ein Jugendbeteiligungsmodell für Jugendangelegenheiten schlechthin für soziale Fragen und all diese Dinge, die für die Jugendbeteiligung wichtig sind, das wäre eine Weitüberschätzung und auch eine falsche Einschätzung, da würde man einfach falsche Hoffnungen machen von einem Projekt, das kann das Projekt gar nicht leisten. Also, wenn man Jugendbeteiligung ernst nimmt und hier tatsächlich auch für Jugend etwa einen Beirat oder eine Plattform für umfassende Stadtpolitik anbieten will, dann ist die Planungswerkstatt ein Ausschnitt davon, den sie auch gerne leistet, aber ich denke, so wie es auch hier diskutiert wurde, die Jugendbeteiligung sollte viel, viel mehr sein als das, was in der Planungswerkstatt geleistet werden kann (*Applaus ÖVP*).

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antragssteller! Ich möchte da ganz am Anfang schon bitte klarlegen, dass wir hier über zwei Anträge zum Thema Jugendbeteiligung sprechen,

die zumindest mir persönlich sehr ähnlich erscheinen und ich denke, dem einen oder anderen hier in diesem Hause geht es auch so ähnlich wie mir. Es war ein Glück für mich, dass sich der Herr Stadtrat Rüschi vor mir zu Wort gemeldet hat, weil ich auch darauf hinweisen wollte, dass von mir dieses Projekt Werkstatt Basel eigentlich, denke ich, recht genau gelesen wurde und ich mir prinzipiell durchaus gut vorstellen kann, ohne von einer Feigenblattfunktion sprechen zu müssen, dass man Jugendbeteiligung dort sinnvoll einbauen kann. So ähnlich habe ich mich damals wie dieses Projekt beschlossen wurde, geäußert, nämlich ich habe mich damals schon dafür ausgesprochen, dass man dieses Projekt inhaltlich größer greifen lässt und auch Gruppierungen damit anspricht, die vielleicht im Laufe des Überlegungsprozesses sogar noch hinzukommen, insbesondere habe ich mich damals dafür ausgesprochen, dass man das Projekt auch auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung ausdehnen könnte, um von dorthin sinnvolle Inputs zu bekommen. Auf jeden Fall sehe ich nach wie vor dieses Modell Werkstatt Basel/Graz, wie auch immer, als durchaus ein geeignetes Instrument, Beteiligung zu machen auch für Jugendliche. Zum anderen habe ich auch der Stadträtin Kaltenbeck sehr aufmerksam zugehört und aus der Verantwortlichkeit für die Werkstatt Basel und aus der Wortmeldung der Frau Stadträtin Kaltenbeck beziehungsweise aus der Ähnlichkeit der Anträge konnte ich entnehmen, dass grundsätzlich zu diesem Thema hier eigentlich hier im Haus eine sehr große Einigkeit besteht, die für mich so groß ist, dass ich mich eigentlich frage, warum man das nicht innerhalb der Stadtregierung soweit vorbesprochen hat, dass zumindest nur ein einziger Antrag hier am Tapet steht. Mit dieser teilweise augenzwinkernden Schlussbemerkung unter dem Titel „Nützt's nichts, schad's nicht“, werde ich trotzdem beiden Anträgen hier zustimmen. Danke.

GRin. Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir von der SPÖ waren immer für Bürgerbeteiligung. Wir sehen unsere Aufgabe in einer dienenden Funktion gegenüber unseren Bürgern, gegenüber unseren Bürgerinnen und wir wollen einfach das Optimale und das Beste umsetzen. Ich bin auch Juristin und habe Verfassungsrecht gelernt und hier gibt es einen ganz oberen verfassungsrechtlichen Grundsatz und der heißt Sparsamkeit,

Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Das heißt umgesetzt, wir dürfen nicht doppelt oder dreifach moppeln, vor allem dann, wenn man sich das auch nicht leisten kann, wie die Stadt Graz es sich nicht leisten kann zur Zeit. Das gilt für jede Kommune, das gilt für das Land, das gilt auch für den Bund, aber jetzt insbesondere auch für Graz. Wenn ich mir hier die Wortmeldungen von Gemeinderat Rajakovics angehört habe und auch von Ihnen, Herr Stadtrat Rüscher, überlege ich mir schon etwas, wir haben in Form von der Werkstatt Graz eine Pflanze gesetzt, die gegossen wird, die umgesetzt werden soll und jetzt sollen parallel dazu andere Pflanzen ebenfalls sprießen, auch wenn wir uns das gar nicht leisten können. Und ich frage mich etwas, wir haben ein Stadtplanungsamt, wir haben die Werkstatt Graz, was ist dann eigentlich überholt, wenn man Ihre Definition so anhört. Kurzum im Sinne auch von diesem Grundsatz Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz ist dieses Modell, das in unserem Abänderungsantrag genannt wurde, und zwar die Ausarbeitung eines Jugendbeteiligungsmodells im Rahmen der Werkstatt Graz, das Optimale und ich ersuche auch um Zustimmung dafür. Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ein paar Dinge zum Herrn Gemeinderat Rajakovics, also ich würde bitten, mit dieser Mythenbildung rund um das Explosiv aufzuhören. Herr Kollege Rajakovics, bitte aufhören mit der Mythenbildung rund um Explosiv, das Explosiv war ein Jugendzentrum, das mir ganz besonders am Herzen gelegen war und du wirst wahrscheinlich auch erraten warum, weil es jenes Jugendzentrum war, das ganz besonders aktiv antifaschistische Arbeit geleistet hat und sich antifaschistisch und anti-rechts positioniert hat, zum einen. Warum das Jugendzentrum Explosiv von meinem Bereich zum damaligen Kulturstadtrat gekommen ist, hat folgenden Grund gehabt, wir haben gesagt, es gibt eine Reihe von Jugendzentren, die machen hauptsächlich sozialpädagogische Arbeit und Freizeitaktivitäten und es gibt das Jugendzentrum Explosiv, das insbesondere sich der Jugendkultur widmet und dann haben wir gesagt, machen wir eine klare Trennung, ich bin zum Stadtrat gegangen, habe gesagt, ist dir das recht, übernimm das, ich habe das Geld noch in mein Budget gestellt und er hat es aus meinem Budget übernommen, habe sogar vorher erhöht, rede mit deinen Leuten, damit du nicht solche Mythen bilden musst und so ist das Jugendzentrum, auch mit deren



Einverständnis, beim Stadtrat Strobl gelandet und es war für alle Beteiligten gut und ok. Was den Hinweis anbelangt, dass ich mich nicht stark mache für Rockförderung und ähnliche Dinge, also ich zeige dir einmal,...

***Zwischenruf unverständlich.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Hast du gesagt, Rockmusik und ähnliche jugendkulturelle Angebote, die ich für gescheit und wichtig halte. Weißt was, ich zeige dir einmal die zahlreichen Ansuchen, die bei mir als Jugendstadträtin landen für genau solche Projekte, CD-Produktionen, Rockkonzerte, Proberäume, ich weiß gar nicht was alles im Jugendkulturbereich, wenn ich dann nachfragen lasse, wie viel kriegt ihr denn aus dem Kulturbereich, dann ist das manches Mal gar nichts oder viel weniger als sie von mir kriegen.

***Zwischenruf StR. Miedl: Das glaube ich nicht.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich zeige es dir, das glaube ich dir, dass du das nicht glaubst, aber es ist so. Wenn du, Kollege Rüscher, gemeint hast, in der Werkstatt Graz geht es nur um Stadtentwicklung, dann kann ich dir nur sagen, in dem geht es auch um Stadtentwicklung ich erinnere. Bei Passt haben wir als Antrag formuliert, es geht um Spielplätze, Park- und Grünanlagen, Bezirkssportplätze, Ausstellungsorte, öffentliche Straßen und Plätze, Bezirks- und Stadtteilplanungen, öffentliche Gebäude, Fußgängerzonen, Radwege, öffentliche Verkehrsmittel, Wohnbauten innen, Wohnbauten außen, Spiel- und Aufenthaltsräume, natürlich geht es um Stadtentwicklung und ich gehe davon aus, du hast mich ja gebeten, du persönlich gebeten, in die Steuergruppe zur Werkstatt Graz zu gehen, worüber ich mich sehr

freue, weil ich davon ausgegangen bin, du willst mich dort haben, damit ich besonders darauf schaue, dass die Beteiligung von Jugendlichen und Frauen, die hast du übrigens gleich nach den Minderheiten genannt, Zufall wahrscheinlich, dass die Beteiligung von Jugendlichen und Frauen einen besonders hohen Stellenwert hat, deshalb bin ich dort. Wenn das nicht der Fall ist, brauchst du mich ja gar nicht. Und zum Herrn Gemeinderat Rajakovics, weil du jetzt noch einmal damit gekommen bist, dass das Jukus ja gar kein Integrationsprojekt sei, lies bitte die Homepage der Stadt Graz, insbesondere jenen Teil, der deinen Chef betrifft, Integrationsreferenten Bürgermeister Siegfried Nagl, Homepage Seite eins von fünf, der Migratenbeirat, da sind alle Integrationsvereine aufgezählt und unter Punkt 72 Verein Jukus, soviel dazu, dass das kein Integrationsverein ist. Homepage anschauen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Ich möchte noch einmal erklären, wie ich zu dem Antrag heute gekommen bin. Die Jugendgemeinderäte waren unlängst zu einer Veranstaltung der Grazer Schülerunion im Gymnasium Pestalozzigasse eingeladen, es waren fast alle Parteien vertreten und auch die Frau Gemeinderätin Lisa Rücker war dort, sind viele Themen besprochen worden und ein großes Thema war die Jugendbeteiligung. Das war ein großer Wunsch, dass in diese Richtung mehr getan wird. Darauf folgend hat es in Graz, ich habe das eh schon vorgelesen, das Treffen der Europapreisträgerstädte gegeben. Ich habe da mit irrsinnig viel Vertretern geredet und jede Stadt hat ein eigenes Konzept. Man kann ja nicht jetzt einen Jugendbeirat von Duisburg auf Graz umlegen, das geht nicht. Zum Beispiel, in einer Stadt hat es gegeben ein Jugendforum, in der anderen Stadt einen Jugendgemeinderat und, und, und, da gibt es viele verschiedene Modelle. Du, liebe Frau Stadträtin, hast einige Konzepte heute hier referiert und Projekte. Nur ein Jugendbeteiligungsmodell ist nur so gut, wie bekannt. Wenn es nicht bekannt ist, ist es ein Problem, ein Jugendbeteiligungsmodell muss eine breite Masse an Jugendlichen ansprechen. Ich habe irrsinnig viel Gespräche in der letzten Zeit geführt. Ich erkundige mich ja, bevor ich einen Antrag einbringe. Und ich wurde in meinem Ziel bestätigt, dass da mehr gemacht werden soll. Und genau auf das zielt ja mein Antrag ab, dass ein größeres zuständiges Gremium, zusammengesetzt aus

dem Amt für Jugend und Familie, den Jugendsprechern und externen Experten, dass die sich zusammensetzen, alle Konzepte, die es bisher von dir, liebe Frau Stadträtin, gibt, dass das diskutiert wird und dass man eine Möglichkeit findet, diese Beteiligungskonzepte noch publikler zu machen und vielleicht zusätzlich einen Jugendbeirat einzurichten. Es ist ja nicht so, dass ich das heute beantrage, sondern ich möchte nur, dass im zuständigen Gremium darüber diskutiert wird. Und wenn dieses Gremium zum Schluss kommt, dass es besser eben in der Planungswerkstatt aufgehoben ist, dann werden wir es dorthinschieben. Die Planungswerkstatt beginnt erst Anfang September zum Arbeiten. Mit meinem Antrag könnten wir uns schon vor dem Sommer zusammensetzen, wäre mir sehr wichtig und die Planungswerkstatt hat ja in den Richtlinien drinnen, dass bei jedem Projekt Jugendliche miteinbezogen werden, das ist ja der Fall, aber das widerspricht ja nicht einer Idee, dass man einen Jugendbeirat einrichtet. Kurz noch einmal, wie der heutige Tag war, weil mir raucht schon der Kopf, angefangen hat es, dass wir in der Klubsitzung herumtelefoniert haben, machen wir das, machen wir das nicht. Zuerst hat es geheißen, SPÖ geht mit, wenn zwei Sachen rausverhandelt werden, einerseits der Oktober, das ist zu kurzfristig, zum anderen die externen Experten. Gut, da wollen wir nicht mit, weil wir wollen ein Datum, an dem das wirklich zur Umsetzung oder in den Gemeinderat kommt. Frau Stadträtin, ich bitte Sie, dass Sie vielleicht noch auf Ihre Fraktion einwirken, wir können auf diesem Weg schon weiterkommen und ich bitte alle Fraktionen, bevor der Abänderungsantrag beschlossen wird oder abgestimmt wird, noch einmal zu überlegen, dass unser Antrag nicht wirklich abweicht. Wir wollen nur vor dem Sommer zum Arbeiten anfangen, er weicht ja nicht grob ab, am Vormittag waren Sie eigentlich schon fast dafür und dann kommt's mir so vor, als wäre es ein bisschen eine Majestätsbeleidigung, dass wir, dass ich in Ihren Bereich reinregiere. Das ist es nicht, wir wollen wirklich ein Jugendbeteiligungsmodell. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.*

#### **4) Landessicherheitsgesetz-Novellierung**

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Lieber Gerhard Rüschi, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe einen gemeinsamen dringlichen Antrag von SPÖ, KPÖ und Grünen zur Novellierung des Landessicherheitsgesetzes. Ich kann sozusagen in meinem Motivenbericht zurückhaltend vortragen, nachdem die Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl die Initiative ergriffen hat und auch schon publizistisch einen Vorstoß in der Öffentlichkeit vorgenommen hat, weise aber noch einmal eindrücklich darauf hin, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht sind Grundfreiheiten, auf die Österreich zu Recht stolz sein kann. Was aber nicht sein kann: Dass die Freiheit der einen, ihre Meinung kundzutun, in Belästigung und Einschränkung des verbrieften Rechtes anderer ausartet.

Und eben genau solche massive Belästigungen erfahren seit einigen Jahren Frauen, die sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entschlossen haben und einen in der Hans-Sachs-Gasse ansässigen Arzt aufsuchen; und zwar einen Arzt, der sich auf Abtreibungen spezialisiert hat, der als äußerst zuverlässig und routiniert gilt und deshalb sogar in einer Broschüre des ehemaligen Frauenministeriums als Positivbeispiel Erwähnung findet und der nicht – wie manch andere in diesem Bereich – als Geschäftemacher gilt.

Ein Schwangerschaftsabbruch stellt im Regelfall – das bestätigen alle einschlägigen Untersuchungen – für die betroffenen Frauen einen äußerst schwierigen Entschluss dar, ein derartiger Eingriff erfolgt fast immer nach intensiven Überlegungen und stellt naturgemäß eine Belastung dar: Dass aber Frauen, die sich schlussendlich zu diesem Schritt entschlossen haben und von ihrem gesetzlich verbrieften Recht auf

einen Schwangerschaftsabbruch Gebrauch machen möchten, auf der Straße, im Stiegenhaus und bis unmittelbar vor der Tür der Arztpraxis von militanten AbtreibungsgegnerInnen massiv belästigt, dass ihnen Plastikföten in die Hand gedrückt, dass sie des Mordes bezichtigt werden, das ist eine unakzeptable Belästigung, das grenzt, meiner Meinung nach, an Psychoterror. Verantwortlich dafür sind die Mitglieder einer Unterorganisation von „pro life“, die sich im selben Haus eingemietet haben, in dem sich auch die Ordination dieses Arztes befindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nochmals: Ein solches Auftreten radikaler AbtreibungsgegnerInnen ist in dieser Form meiner Ansicht nach nicht akzeptabel und Derartiges ist nicht mehr vereinbar mit Demonstrationsfreiheit und dem Recht auf freie Meinungsäußerung, auf die sich diese Herrschaften berufen. Es ist an der Zeit, dass wir auch hier dem Beispiel von Wien Folge leisten. In Wien haben vergleichbare Auftritte dieser Organisation dazu geführt, dass im Wiener Landessicherheitsgesetz der Paragraf 3 dahingehend novelliert wurde, dass eine, ich zitiere, „Abwehr von Belästigung und Sicherung des Gemeingebrauchs“ ermöglicht wurde. Und durch diese Änderung ist es nun möglich, derart auftretende AbtreibungsgegnerInnen klar als „BelästigerInnen,, zu definieren und durch die Polizei wegzuweisen – was mittlerweile in Wien bereits etliche Male erfolgt ist, wodurch die Belästigungen weitgehend minimiert wurden.

Die Konkretisierung der Überwachung, Ermahnung und Wegweisung von Personen, die andere Personen an öffentlichen Orten unzumutbar belästigen, haben die Organe der Bundespolizei bereits nach derzeitiger Rechtslage durchzuführen, es erfordert - so die Argumentation in Wien - daher keiner zusätzlichen Ressourcen.

Nachdem es uns allen ein Anliegen sein sollte, dass auch in Graz Frauen von ihrem Recht auf Schwangerschaftsabbruch Gebrauch machen können, ohne psychischem oder physischem Terror ausgesetzt zu werden, sind konkrete Voraussetzungen für die Polizei zu schaffen und deren Einschreiten ganz offensichtlich die einzige Möglichkeit ist, um sowohl den betroffenen Frauen als auch den Geschäftsleuten in der Hans-Sachs-Gasse, die sich ebenfalls massiv gestört fühlen, Hilfestellung geben zu können.

In diesem Sinne stelle ich im Namen der SPÖ, KPÖ und Grünen den gemeinsamen

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition an das Land Steiermark herantreten und dieses ersuchen, das Landessicherheitsgesetz nach Wiener Vorbild dementsprechend zu novellieren. Ich habe die Wiener Formulierung, den § 3, auch meinem dringlichen Antrag in dieser Form beigeschlossen. Bitte um Zustimmung. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl** zur Dringlichkeit: Lieber Charly Herper, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir behandeln hier ein äußerst sensibles Thema. Charly Herper hat es erwähnt. Ja, keine Frau wird es sich leicht machen, genau diesen Schritt zu setzen, meine Damen und Herren. Sie hat mir ihrem Gewissen zu tun, sie hat möglicherweise Druck vom Kindesvater, ist möglicherweise beeinflusst durch ihre Verwandten und Bekannten und entschließt sich dann trotzdem, diesen Schritt zu tun, der für sie sicher nicht leicht sein wird. Und jetzt, meine Damen und Herren, lade ich Sie ein, mit mir, vielleicht kann man wirklich mit mir jetzt das Spiel durchspielen, das du, Charly Herper, gemeinsam mit der SPÖ und anderen Fraktionen hier ernsthaft beabsichtigst zu tun. Wir haben dieses Thema im Parlament behandelt auch über Antrag der SPÖ, weil im Parlament man wollte das in das Sicherheitspolizeigesetz aufnehmen. Und ich habe im Parlament, ich habe nachgeschaut im Computer, es war genau dieselbe Rede, die ich hier heute inhaltlich versuche wiederzugeben. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich vorstellen, dass diese Frau, von der ich vorhin geschildert habe, möglicherweise den Arzt aufsucht oder den Arzt aufzusuchen beabsichtigt und dann wird die Polizei gerufen. Die Frau befindet sich mitten in einem Konflikt polizeilicher Auseinandersetzung und hier, meine Damen und Herren, hier kann ich nicht mehr folgen, hier bin ich nicht mehr bereit, in irgendeiner Form auch nur mitzugehen. Meine Damen und Herren, nicht dass wir diese Frauen nicht unterstützen, sondern wir wollen, dass Polizei hierher kommt und interveniert. Das darf und kann nie ein Mittel sein, meine Damen und Herren, dass man hier per Landespolizeigesetz

vorgeht. Wenn es zum Konflikt kommt, müssen Sie sich vorstellen, meine Damen und Herren, die Frau will zum Arzt gehen und ist möglicherweise mitten in eine Festnahme mitinvolviert, wenn man so ein Gesetz verabschiedet müssen wir natürlich die Konsequenzen durchdenken und es hat dann in der Diskussion im Parlament auch dazu geführt, dass die SPÖ von ihrem Vorhaben Abschied nimmt, meine Damen und Herren, und es hat auch dazu geführt, und das ist unrichtig, was du sagst, Charly Herper, die Wiener landespolizeigesetzliche Regelung hat bis dato noch nie eine Anwendung gefunden, weil es auch gar nicht sein kann, meine Damen und Herren, wie soll denn das funktionieren? Hier ist Beratung gefragt, hier ist gefragt menschlicher Beistand, hier ist gefragt Hilfe, aber unmöglich Polizei (*Applaus ÖVP*) und daher verstehe ich nicht, meine Damen und Herren, wie in einer solch sensiblen Frage ganz bewusst gerüttelt wird an einem Konsens, der unter den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften in diesem Staat mühsam errungen wurde und ich lehne daher sowohl die Dringlichkeit ab als auch diese inhaltliche Vorgangsweise, um Gottes Willen, meine Damen und Herren, hier mit polizeilichen Mitteln zu agieren. Also, ich verstehe die SPÖ und auch die anderen Fraktionen diesbezüglich bei Gott nicht. Wir lehnen daher die Dringlichkeit ab (*Applaus ÖVP*).

GR. **Lozinsek:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Stadtrat Miedl! Aus dem Antragstext kann ich nicht herauslesen, dass es eines ganz konkreten Falles bedarf, wo dann die belästigte Person die Polizei rufen muss, dann sozusagen darauf warten muss, dass die Polizei kommt und dann sozusagen den Tathergang schildern muss und dann sozusagen in eine polizeiliche Handlung verwickelt wird. Sondern, ich gehe davon aus, dass es so geregelt werden soll, dass es, wenn es regelmäßig zu diesen Handlungen kommt, die Exekutive diese, ich nenne sie jetzt Störenfriede, dort des Weges wegweist ohne eine betroffene Person, also eine Frau, die damit spekuliert...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Lozinsek**: Ja, genau. Also, daher kann ich deine Bedenken jetzt nicht ganz nachvollziehen (*Applaus SPÖ*), das Klatschen der SPÖ wird gleich verstummen, wenn ich sage, wir werden zwar diesem Antrag zustimmen, der Slalom, den gerade die SPÖ in Sachen Sicherheit in den letzten Jahren fährt, der ist, glaube ich, schon olympiareif. Dieses Ansinnen in dieser Sache werden wir unterstützen, das verstehen wir auch, wir fragen uns nur, wo also die Unterstützung war, als es darum gegangen ist, bei den Punkern am Hauptplatz hier sozusagen die Bevölkerung zu schützen vor Belästigung. Es ist ein bisschen eine andere Belästigung, aber es ist eine ähnliche Geschichte oder das aggressive Betteln, dem wir Einhalt bieten mussten und wo die SPÖ nicht mitgehen konnte oder, wo es darum gegangen ist, unsere Kinder am Schulweg zu sichern vor der Belästigung durch Drogendealer, wo es keine Unterstützung der SPÖ gegeben hat. Also, dieser Slalom ist schon olympiareif, ich glaube nicht, dass die SPÖ lernfähig ist, sondern dass es eher ideologisch bedingt ist, aber in diesem Sinne freut es uns, wenn das eine oder andere Mal auch einen vernünftiger Vorstoß in Sachen Sicherheit gibt.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Perissutti** zum Antrag: Vielleicht nur ganz, ganz wenige Sätze, weil ich fühle mich als Mann wirklich nicht befähigt, darüber zu sprechen, welche Konflikte eine Frau hat, die vor der Situation steht ihr Kind abzutreiben oder nicht abzutreiben. Aber ich versuche, mich zumindest in die Lage zu versetzen und ich glaube nicht, dass der Konflikt, dass mir vielleicht die Polizei vor Menschen hilft, die mich dort angreifen, die mir einen Plastikfötus entgegenhalten, schlimmer ist, als der Konflikt vor dem ich sowieso schon stehe und ich halte es wirklich für scheinheilig, dieses Argument dem vorzuschieben. Danke meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*).

GRin. Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck bedanken, dass sie



sich des leidigen Themas Hans-Sachs-Gasse angenommen hat und bei unserem Klubobmann Herrn Karl-Heinz Herper, dass er diesen Antrag angeregt hat und eingebracht hat, obwohl er ein Mann ist und weil das bei meinen Kollegen...

*Zwischenruf unverständlich.*

Dr. **Sprachmann**: ...weil er ein Mann ist und weiters bei meinen Kollegen Gemeinderat Perissutti, weil er die Sache auf den Punkt gebracht hat. Liebe anwesenden Damen, fühlen Sie sich nicht irgendwie beklemmt oder mulmig, wenn Sie in der Hans-Sachs-Gasse zum Beispiel an einem Samstag vorbeigehen und mit den AbtreibungsgegnerInnen konfrontiert werden, also ich schon. Ich habe jahrelang ehrenamtlich Frauen beraten, die sich in Notsituationen befunden haben, es sind Frauen zu mir gekommen, die in einer solchen sozialen Notlage waren, dass sie ihr Kind abtreiben lassen mussten. Sie hatten kein Geld, sich selbst und das Kind durchzubringen und als Alternative sahen sie oft nur den Selbstmord. Anzumerken ist auch etwas, dass es generell, und das sollte man hier auch einmal ansprechen, sehr schwierig war und nach wie vor ist, überhaupt einen Arzt zu finden, der eine Abtreibung vornimmt. Es kann durchaus passieren, dass die Frau, deren Gynäkologe sie gerade auf die Schwangerschaft aufmerksam gemacht hat und dann total beschämt und verzweifelt ist auch und mit ihm darüber sprechen will, dass sie das Kind nicht behalten kann, dass er sie aus der Praxis rauswirft, das ist ein Faktum. Die Frauen, die leben bereits vorher, bevor es überhaupt zur Abtreibung kommt, weil das ist ja immer ein Gewissenskonflikt, ein sehr großer Gewissenskonflikt, viele Demütigungen durch und auch sehr viel Scham und zusätzlich kommt etwas und das sollte man auch ansprechen, dass die Kosten für eine Abtreibung teilweise sehr hoch sein können. Sie werden in manchen Landeskliniken durchgeführt, es gibt aber Kliniken, die zum Beispiel 1.300 Euro verlangen für eine einzige Abtreibung. Zusätzlich ist es notwendig, eine medizinische und eine soziale Indikation nachzuweisen, also es ist extrem schwierig und früher sind die Frauen, also noch bis vor ein paar Jahren, nach Wien gefahren auf den Fleischmarkt, haben dort die

Abtreibung vornehmen lassen und sind dann am gleichen Tag zurückgefahren, sind oft Blutungen ausgesetzt gewesen und haben massive gesundheitliche Probleme gehabt, weil es in Graz einfach niemand vorgenommen hat. In diesem Sinne können wir froh sein, also es werden in Gesamtösterreich bis zu 85.000 Abtreibungen pro Jahr vorgenommen. In diesem Sinne können wir froh sein, dass wir in Graz Adressen haben, wohin sich die Frauen auch tatsächlich wenden können und genau diese betroffenen Frauen die haben einen massiven Hürdenlauf eigentlich vorzunehmen, das ist, weil in dieses Haus, in die Hans-Sachs-Gasse, muss man erst einmal kommen, an den AbtreibungsgegnerInnen vorbei. Grundsätzlich, es handelt sich hierbei um einen Angriff auf die Selbstbestimmung der Frauen, es handelt sich hierbei um einen Angriff durch die AbtreibungsgegnerInnen auf die Frau selbst und das ist abzulehnen und zu Ihnen, Herr Stadtrat Miedl, ich weiß, Sie haben sich nur zur Dringlichkeit gemeldet, aber als Privatperson würde ich sagen, Sie haben das Thema absolut verfehlt und es ist Pause. Danke.

GRin. **Rücker:** Ich denke mir, das es ein sensibles Thema ist, das unterstreiche ich, auch für uns ist die Frage, wie umgegangen wird mit Personen, die andere Personen extrem in unangenehmer und vor allem bedrohlicher Art teilweise belästigen, schon lange ein Thema und wir haben natürlich beobachtet, wie das in Wien geregelt wurde und haben dort gesehen, dass das Landessicherheitsgesetz herangezogen wurde. Das Landessicherheitsgesetz in der Steiermark wurde eingerichtet auf Grund eines Anlassfalles. Hier haben wir auf dem Hauptplatz angeblich ein Problem, das nicht anders als mit der Polizei zu bewältigen gewesen wäre, was wir ja nach wie vor bezweifeln und wo wir auch sehen, dass das Landessicherheitsgesetz durchaus in seiner ganzen Anlassgesetzgebung auch leider negativ wirkt. Wir sehen und wir wissen von Berichten, dass vor dem Brunnen oder Leute, die am Brunnen sitzen, ungleich behandelt werden, dank des Landessicherheitsgesetzes. Das heißt, jemand der dort sitzt und nicht ausschaut wie, unter Anführungszeichen, ein Punk oder wer immer kann dort sein Bier trinken, aber nebenbei die betroffene Person, die unter Landessicherheitsgesetz dann verfolgt wird, nicht. Diese Auswirkung haben wir vorausgesehen und diese Auswirkung führt zu hohen Strafen, teilweise wirklich extremen Situation für die betroffene Personengruppe, für die leider dieses Gesetz

installiert wurde und trotzdem werden wir heute mit diesem Antrag mitgehen, mit diesem Bauchweh, dass wir ganz klar formulieren, leider sehen auch wir in der jetzigen Situation keine andere Handhabe, die ja jetzt wirklich schon jahrelang in Graz und auch in Wien und in anderen Städten um sich greift, um Frauen zu schützen, Frauen zu schützen in einer extrem schwierigen Situation. Ich werde dazu nicht weiter ausholen, ich kenne selbst viele Frauen, war auch oft dort mit als Begleitung und kenne die Situation vor Ort, aber nach wie vor würden wir uns wünschen, wenn es irgendwie eine Möglichkeit gibt, eine andere gesetzliche Regelung heranzuziehen, um diese Frauen zu schützen, dann wären wir vollen Herzens dabei und so stimmen wir zwar mit, aber das Landessicherheitsgesetz ist deswegen von uns nicht unterstützt.

GRin. **Potzinger:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg, dass dieses Thema Abtreibung uns alle berührt, das hat kein politisches Mascherl. Schwangerschaftskonflikt ist eigentlich eine Schande in einem der reichsten Länder der Welt, Kollegin Sprachmann hat die Zahl genannt, bis zu 85.000 Abtreibungen in Österreich pro Jahr. Prof. Huslein, der Chef des AKH Wien der Gynäkologie spricht von 60.000 bis 80.000 Abtreibungen, dem gegenüber 76.000 Geburten. Dass jedes zweites Kind in Österreich nicht auf die Welt kommen darf, das soll uns betroffen machen. Es soll uns betroffen machen, dass viele Frauen im Schwangerschaftskonflikt mutterseelenallein sind, dass der Partner sich nicht um sie kümmert, Familie, Freunde, Gesellschaft. Es gibt in dieser Stadt sehr wohl Hilfsangebote und Beratungsangebote, aber viele Frauen kennen sie nicht, also sehe ich hier einen Auftrag, Information über Hilfsangebote zu intensivieren. Ich werde das später noch in einem Abänderungsantrag präzisieren. Ja, es gibt die Hilfe und reden wir auch darüber, weil wenn wir das Thema schon einmal im Gemeinderat behandeln, sollten wir uns daran erinnern, dass eine Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic sich dafür eingesetzt hat, dass die anonyme Geburt legalisiert wurde, dass die Babyklappe eingeführt wurde, immerhin sind seither in Graz 39 Kinder auf diese Art gerettet worden. Ja, es gibt Wohngemeinschaften der Caritas in der Carnerigasse, in der Keplerstraße, wo junge Frauen, die nicht in der Familie das Umfeld haben, ihr

Kind freudig zu erwarten, gut betreut in Gemeinschaft froher Hoffnung sein dürfen, ja, es gibt das Haus Rosalie von Pfarrer Pucher, es gibt das Haus Elisabeth der Caritas, es gibt das Frauenhaus. Es gibt ein Kinderbetreuungsgeld für alle und zusätzliche finanziellen Hilfen von Land und Bund für Frauen in finanziellen Notsituationen, aber auch hier viel zu wenig Information. Es gibt Familienberatungsstellen, es gibt die Schwangerenberatungsstelle der Caritas in der Leonhardstraße, die ich hier in diesem hohen Hause schon ein paar Mal genannt habe, in dem Zusammenhang, dass die Stadt Graz, insbesondere die ressortzuständige Stadträtin für diese Einrichtung höchst bescheidene Fördermittel zur Verfügung stellt. Für über 4.700 Beratungen im Jahr gerade einmal 2.550 Euro bei Gesamtkosten von 151.000 Euro, nicht einmal zwei Prozent der Gesamtkosten für diese wertvolle Einrichtung werden von der Stadt Graz übernommen. Übrigens es ist kein reines Frauenthema. Ich habe mit der Leiterin der Schwangerenberatungsstelle gerade früher telefoniert, gestern waren wieder drei Paare bei ihr in der Schwangerschaftskonfliktsituation, reden wir auch darüber, lieber Kollege Perissutti, dass auch Männer sich stärker hineindenken, wenn Frauen in Konfliktsituationen sind, wenn ein Kind entsteht, sind in den meisten Fällen zwei daran beteiligt (*Applaus ÖVP*). Unser Schwerpunkt hier im Hause müsste doch sein, dass wir uns gemeinsam einsetzen für mehr Öffentlichkeitsarbeit, für die vorhandene Hilfe und für mehr Unterstützung für die Beratungs- und Hilfsangebote, die es hier im hohen Haus gibt. Im Übrigen zitiere ich den Landessicherheitsdirektor Dr. Klamminger, der heute offiziell bestätigt hat, dass seitens der Landessicherheitsdirektion keine Notwendigkeit gesehen wird, hier diesen Vorstoß zu machen, der Leiter, der Kommandant des Wachzimmers in der Schmiedgasse hat nach Rücksprache mit mehreren Kollegen ebenfalls bestätigt, dass es keinen Grund zur Beanstandung gibt und deshalb diese Initiative hier fehl am Platz ist und, Frau Stadträtin, Abtreibung ist eine Belastung für jede Frau und viele Frauen leiden ihr ganzes Leben darunter. Man sollte auch das nicht verschweigen, das sagen uns Seelsorger des Krankenhauses, dass Frauen oft erst am Sterbebett sich erleichtern, weil sie diesen Konflikt nicht aufarbeiten können. Das heißt, auch diese Frauen, die in verzweifelten Situationen abgetrieben haben, müssen entsprechend psychisch und persönlich liebevoll begleitet werden. Und Lebensschützer wollen Leben schützen, das klare Ja zum Leben ist uns so ein wichtiges Thema, ich sage jetzt noch ganz kurz dazu, dass ist auch die Zukunft unserer Stadt, unseres Landes,

Europas, dass Frauen das Ja zum Kind leichter gemacht wird, die Entscheidung für das Leben und da sind wir alle gefragt. Ich stelle daher den Abänderungsantrag:

Die ressortverantwortlichen Stellen werden aufgefordert, für effiziente Hilfe für Frauen in Schwangerschaftskonflikt durch mehr Öffentlichkeitsarbeit, bessere Information über bereits in Graz bestehende Hilfseinrichtungen und Beratungsstellen und für bedarfsgerechte Förderung und Ausweitung von Hilfsangeboten zu sorgen (*Applaus ÖVP*).

Darf ich noch überreichen ein Buch „Miriam, warum weinst du“, das sind Berichte von Frauen, die abgetrieben haben.

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das habe ich schon.***

GR. **Potzinger:** Dann bitte, wer sich dafür interessiert und last not least, wir sehen in der Herrengasse von Tierschützern Bilder von erschlagenen Robbenbabys, alles Mögliche, es ketten sich Greenpeace-Aktivisten an Schiffe, um Wale zu retten, um Delfine zu retten, es darf auch gesagt werden, dass ein kleines Kind in der 12. Schwangerschaftswoche kein Zellhaufen, sondern nun mal ein kleines Kind ist und wir dürfen auch wissen, wie das aussieht, nämlich so, ein liebes kleines Kind, das gerne wachsen möchte. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Gemeinderätin Potzinger hält einen Plastik-Fötus in die Höhe***

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das ist eine absolute Geschmacklosigkeit.***

GR. **Perissutti:** Ich habe mir gar nicht gedacht, dass ich mich zweimal da zu Wort melde. Weil in eurer teilweise wirklich verblendeten Welt lebend, wundert es mich

nicht, wenn ihr euch ein bisschen dem verschließt, wovor manche Frauen tatsächlich stehen, nämlich vor der Entscheidung, was soll ich machen, soll ich mein Kind abtreiben oder nicht. Nach wie vor maße ich mir nicht an, auch nur ansatzweise das nachvollziehen zu können, was diese Entscheidung für eine Frau bedeutet. Nur, übrigens eines weiß ich schon ,wie das geht, seit fünf Monaten bin ich ja selbst stolzer Vater, draufgekommen bin ich ja schon, wie es geht, aber für diesen Tipp recht herzlichen Dank. Ich möchte nur grundsätzlich anmerken, um was geht es uns? Es geht uns darum, den Frauen, die sich aus guten Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch entschlossen haben, nicht einem Speißrutenlauf in der Hans-Sachs-Gasse auszusetzen, wo sich irgendwelche Fundamentalisten bemüßigt fühlen, irgendwelche Plastikföten in der Gegend herumzuhalten und blutige Bilder von Abtreibungen herumzuhalten (*Applaus SPÖ*), sondern den Frauen das Recht zu geben, ihre gesetzliche Möglichkeit der freien Entscheidung wahrzunehmen und um das geht es und nicht irgendwelchen Fanatikern da eine Spielweise zu geben. Und ich kann das leider, wenn ich dort vorbeigehe, nicht anders klassifizieren, als Personen, die offensichtlich bewusst diese Frauen noch stärker in einen Konflikt hineintreiben wollen und sie in der wirklich schwierigen Situation ihrer Entscheidung auch noch ein ordentlich schlechtes Gewissen einreden müssen. Aber offensichtlich haben wir unterschiedliche Geisteshaltungen. Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Ich muss mich jetzt auch ein zweites Mal melden, nach dem Sissi du da eine Leistung geboten hast, die mich wirklich in Frage stellen lässt Folgendes: Gehen wir davon aus, dass wir immer noch die Rechtslage haben, in der die Fristenlösung gilt. Das heißt, es gibt einerseits eine Entscheidung, Ja zum Kind, die wird eh fleißig gefördert und ist auch sinnvoll diese zu fördern, aber es gibt auf Grund der Fristenregelung, die in Österreich gilt und hoffentlich noch länger gilt, auch das Recht auf ein Nein zum Kind.

*Zwischenruf unverständlich.*

GRin. **Rücker:** Ja, das Recht dadurch nicht bestraft zu werden, wenn ich mich gegen ein Kind entscheide. Dass diese Entscheidung nicht leicht ist, haben wir jetzt hier vielfältig gehört und dass diese Entscheidung nicht leichter gemacht wird, indem von Mörderinnen usw. die Rede ist, weil das ist in diesem Kontext ja sehr schnell gesagt, ist auch Faktum und um diese Frage geht es. Werden Frauen, wie es der Herr Kollege Perissutti gesagt hat, in einer Situation, in der sie das Recht haben und in der sie die Unterstützung brauchen, dass sie den Weg, den sie entschieden haben zu gehen, der ein schwieriger Weg ist, aber eben ihr Weg, dort einen Spießrutenlauf über sich ergehen lassen müssen und dort dargestellt werden als Mörderinnen und das ist die Frage und um die geht es und dagegen eine Handhabe zu haben, das ist die heutige Frage. Über die Fristenlösung kannst du selber einmal einen Antrag einbringen, vielleicht kannst du das bis auf die Bundesebene hinauf schaffen, das weiß ich nicht, ich hoffe nicht, weil dazu gibt es einen Konsens in Österreich und auf dem bewegen wir uns heute noch (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schönegger:** Heute werfen sich die Männer ins Zeug zu einem Thema, das bis vor kurzem wahrscheinlich gar nicht so männlich besetzt war, aber sehen Sie, Frau Stadträtin, jetzt ist es so und die Männer reden sehr viel dazu. Ich möchte nur eines klarstellen, es ist mir wirklich kein Anliegen, für uns ist der Konsens, der in den 70er-Jahren hart erarbeitet wurde betreffend die Fristenlösung selbstverständlich kein Thema heute da und das ist nicht das Thema. Nur das Thema, ich bin sehr dankbar, jetzt enttarnen sich manche da, welcher billiger Populismus da eigentlich vorherrscht und wenn ich den Karl-Heinz Herper anschau, wundere ich mich schon, dass die Sozialdemokratie gemeinsam mit der KPÖ und den Grünen da einen Antrag einbringt, einem Antrag zustimmt, um das Landessicherheitsgesetz zu novellieren. Bei den Freiheitlichen wundere ich mich nicht, weil das ist schon klar, HC Strache macht Ähnliches in Wien, nur was die SPÖ hier vorlegt, und da möchte ich Kollegen Lozinsek zitieren, dieser Slalom ist mehr als olympiareif, weil wenn ich von Belästigung spreche, dann bitte ich alle, sich Samstag, Sonntag eigentlich die ganze Woche den Hauptplatz anzuschauen und zwar ganz genau. Das ist eine andere Qualität, ohne die schwierige Situation, vor der Frauen stehen, hier in Abrede zu

stellen, nur die Qualität der Belästigung ist eine ganz, ganz andere und da waren alle dagegen, komisch. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Eigentlich würde mich interessieren, wie viele Frauen und wie viele Männer hier herinnen die Erfahrung der Schwangerschaftsunterbrechung schon gemacht haben. Und auch jene, die betroffen den Kopf senken, denn ich habe mir das schon genau angeschaut, ich glaube so eine geringe Minderheit ist das nicht, da herinnen und so ist die gesellschaftliche Realität. Und ich halte es einfach für eine, Sissi Potzinger, ich sage es andersrum, ich horche dir immer sehr aufmerksam zu, obwohl ich sehr selten deiner Meinung bin, aber ich horche dir zu, weil ich nachvollziehen möchte, woher deine Argumentation kommt und sie ist für mich oft eine aufrechte Argumentation, auch wenn ich sie nicht unterstütze. Das was du heute gemacht hast, also ich, wenn ich du wäre, hätte ich die Größe mich zu entschuldigen bei der Tatjana Kaltenbeck, dass du das selbe machst, was für so viele Frauen wirklich eine einzige Demütigung ist und du tust nichts anderes,...

*Zwischenruf GRin. Potzinger: Dann stampfen wir alle Biologiebücher ein.*

GRin. **Binder**: ...als das, was die auch tun in der Hans-Sachs-Gasse und das ist etwas, was mich völlig, das stoßt mich vor den Kopf, weil ich mir gedacht habe, wahrscheinlich identifizierst du dich auch sehr stark mit ihnen und hast ein großes Einvernehmen, dann verstehe ich allerdings, dass du nicht zustimmen kannst. Aber was ich nicht verstehe ist, dass du hergehst und diese widerliche Geste der Tatjana Kaltenbeck gegenüber und auch allen uns gegenüber, die diesen Antrag unterstützen, durchziehst, weißt was (*Applaus SPÖ*), Sissi Potzinger, wenn du jetzt noch sagst, ja ist das nicht lieb, dann spiel bitte damit, aber lass doch bitte uns in Frieden mit dem. Das ist doch unglaublich (*Applaus SPÖ*).



StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich kann es kurz machen, weil ja so viel Wesentliches schon gesagt wurde, herzlichen Dank für viele unterstützende Wortmeldungen. Sissi, ich möchte dir nur gerne sagen, ich habe eigentlich vorgehabt, mein Statement so zu beginnen zu sagen, dass ich sehr viel Respekt vor deinem anderen Zugang zu dieser Frage habe. Ich habe aber keinen Respekt gegenüber deiner Art, wie du deinen Zugang zum Ausdruck bringst. Und eigentlich erwarte ich mir tatsächlich eine Entschuldigung dafür, muss nicht da sein, kann bei anderer Gelegenheit sein. Ich möchte eines ganz klar sagen, ich bin nicht für einen Schwangerschaftsabbruch, ich bin nicht eine, die sagt, macht das einfach so, das ist niemand von uns. Wir alle wissen, wie schwierig und sensibel Antworten auf diese Fragestellungen sind und insbesondere die betroffenen Frauen und ist auch gesagt worden deren Partner wissen und spüren, was das bedeutet. Ich bin nicht für einen Schwangerschaftsabbruch, aber wofür ich auf keinen Fall bin, das ist, dass wir zurückkehren in frühere Jahrhunderte. Weil du weißt das und alle wissen das, wie sich das jahrhundertlang abgespielt hat. Schwangerschaftsabbruch gab es immer seit jeher und die Gründe waren fast immer die gleichen, sie haben sich nicht verändert, das ist Missbrauch von Frauen, das ist Vergewaltigung, das ist Druck auch des Partners und das sind Perspektivenlosigkeiten, die Frauen damals erlebt haben und die sie heute erleben, wo sie einfach keine Chance sehen, ihrem Kind ein gutes Leben zu bieten und selbst mit dem Kind ein gutes Leben zu haben. Und wie war es denn früher? Erinnern wir uns, es ist gar nicht so lange her, die es sich leisten konnten, die haben den Eingriff einfach machen lassen von einem Arzt, der Sicherheit hochgeschrieben hat, der die hygienischen Standards hochgeschrieben hat, der also zu einem weiten Ausmaß garantieren konnte, dass es keine gesundheitlichen Gefährdungen der Frau gibt. Aber jene Frauen, die finanziell nicht gesegnet waren, die gingen früher, das wissen Sie, alle zur sogenannten Engelmacherin und riskierten damit ihr Leben.

***Zwischenruf GRin. Kummer: Das ist nicht das Thema.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Genau das ist das Thema und ich frage wirklich, ich frage allen Ernstes, wollen wir Frauen in dieser so fortschrittlichen demokratischen Gesellschaft zumuten, wieder zu solchen Zuständen zurückzukehren? Ich sage Nein (*Applaus SPÖ*). Ich sage in aller Deutlichkeit, und darum geht es mir auch bei dieser Initiative, Frauen in so schwierigen Lebenslagen zu diskriminieren, anzugreifen und damit emotional völlig zu verunsichern, was du übrigens auch bei mir probiert hast, wenn ich mir vorstelle, ich bin jetzt die Frau, die auf der Straße vor diesem Haus steht und eine solche oder einer solcher von diesen Aktivisten kommt zu mir und gibt mir so etwas in die Hand, kannst du dich hineinversetzen in die Frau? Offensichtlich nicht, weil sonst würdest du so etwas nicht machen. Das alles zu tun, das ist, wie es die AbtreibungsgegnerInnen machen, das ist frauenfeindlich und das nützt überhaupt niemanden und das ist auch nicht familienfreundlich, ganz und gar nicht. Richtig ist, wir brauchen Beratungsmaßnahmen, richtig ist, die Beratungsmaßnahmen und die Beratungseinrichtungen sollen gut bekannt sein. Aber die Zahl der Beratungen, die du genannt hast, 4.700 Beratungen in einem Jahr, die deuten für mich ja eigentlich darauf hin, dass die Beratungen bekannt sind und dass sie auch angenommen werden.

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Aber nicht gefördert.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich fürchte nur auch eines, weil eine dieser Beratungseinrichtungen im Internet herauszufinden, sind ja genau jene Aktivistinnen, die dort in der Hans-Sachs-Gasse stehen. Ich fürchte schon, dass es viele Frauen gibt, die gar nicht eine solche Beratung in Anspruch nehmen vor lauter Angst, dort könnten wieder Menschen sitzen, die sie unter Druck setzen und die ihnen sozusagen die eigenständige Entscheidung nicht möglich machen (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Meine Damen und Herren! Ich habe auch nicht geglaubt, das ich dazu heute was sagen werde, ich möchte versuchen, es auf einen anderen Punkt zurückzuführen. Im Antrag, lieber Herr Klubobmann, ist die Formulierung drinnen, ich umschreibe sie, dass für die Polizei konkrete Voraussetzungen zu schaffen sind, dass sie hier einschreiten können. Wenn es tatsächlich ist, dass die Zustände so sind, wie sie im Antrag beschrieben sind. Eine Rückfrage bei der Polizei sagt, wenn die Zustände so sind, wie sie beschrieben sind, dann können sie selbstverständlich auf bestehenden rechtlichen Grundlagen auch heute schon einschreiten. Voraussetzung natürlich ist immer eine Anzeige, eine Meldung, weil wir dürfen ja nicht erwarten, auch wenn es im Landessicherheitsgesetz verankert ist, dass ein permanenter Wachposten vor der Ordination steht. Das heißt, es muss irgendjemand melden, dann wird die Polizei aktiv. Sie könnte es auch heute schon mit der rechtlichen Grundlage, die ja gegeben ist. All diese Versammlungen, die dort stattgefunden haben bisher, waren selbstverständlich polizeilich gemeldet, eine Änderung im Landessicherheitsgesetz wird auch dieses Grundrecht nicht aushebeln, das heißt, es wird so bleiben wie bisher. Darum frage ich mich letztendlich, was wird sich ändern für die Frauen und darum stellt sich einfach die Frage, was wir hier eigentlich tun, worüber wir sprechen, dieses Grundrecht der Versammlung, der freien Meinungsäußerung wird nicht verändert werden durch eine Initiative hier im Gemeinderat. Die Zustände werden sich daher auch nicht ändern und das mag die eine Seite so sehen und die andere Seite so. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Nur eine kurze Klarstellung. Nicht, dass hier der Eindruck entsteht, die ÖVP-Fraktion oder meine Person hätte irgendein Ansinnen, die Fristenregelung jetzt in Frage zu stellen, indem man vielleicht versucht, Frauen wieder zu kriminalisieren und zu bestrafen. Nichts liegt uns ferner, das sei einmal ganz klar gestellt. Uns geht es um Ausweitung von Beratung und Hilfe und nachdem angesprochen wurde, wir sollen auf Bundesebene initiativ werden, das haben wir natürlich gemacht und ich darf zu meiner Freude sagen, hier nicht im Gegensatz zu, sondern sogar mit Unterstützung der Kirche, die sich offiziell dazu bekennt, der Familienbischof, ich spreche von der Katholischen Kirche, dass flankierende Maßnahmen sprich mehr Beratung und Hilfe,

Motivenforschung, Statistik, Frauen helfen können. Es geht ausschließlich um Beratung und Hilfe. Und, Frau Stadträtin, ich wollte dich in keiner Weise mit diesem Pupperl brüskieren, ich denke an viele tausend junge Eltern, die sich über Ultraschallbilder freuen, wo sie eben ein Kind in diesem Stadium sehen, das wir sagen, es handelt sich da sehr wohl um ein kleines Kind und wir müssen alles tun, um diese Kinder zu schützen. Wir müssen aber auch den Auftrag annehmen, Frauen zu helfen, die abgetrieben haben. Auch dazu ein klares Bekenntnis und ich freue mich, dass auf Initiative unseres Herrn Bürgermeisters vor wenigen Wochen am Urnenfriedhof eine Gedenkstätte gesegnet wurde, wo Eltern oder Personen, die nicht Eltern geworden sind, auch einen Ort haben des Gedenkens und der Trauer, auch das gehört dazu, aber für uns ist der umfassende Schutz Lebens vom Anfang bis zum Ende ein ständiger Begleiter unserer Arbeit für das Leben und ein Wort muss ich jetzt aber noch sagen zu den Lebensschützern. Es hat sicher, das gebe ich zu, das habe ich gehört in den Anfängen in Graz da in der Hans Sachs-Gasse auch allzu im Überschwang heftige Wortmeldungen der Lebensschützer gegeben. Glaubt mir bitte, dass das nicht der richtige Weg ist, einer Frau tatsächlich zu helfen, nur mit liebevollen Hilfsangeboten kann man erreichen, dass sich Frauen...

***Zwischenruf GRin. Krampl: Mit lieben kleinen Pupperln.***

GRin. **Potzinger:** ...eventuell diesen Schritt noch überlegen und der Erfolg gibt den Lebensschützern Recht, über 7000 Kinder sind auf die Welt gekommen von Müttern, die schon am Treppenabsatz der Abtreiber waren, davon über 500 in Graz. Hier wurden Leben gerettet.

GRin. **Binder:** Ich möchte kurz auf den Stadtrat Eisel-Eiselsberg antworten. Wenn es so ist, dass diese Kundgebungen als Versammlungen angemeldet werden und als Versammlungen auch bewilligt werden, dann werden wir uns jetzt einmal ernsthaft

dahinterklemmen zu schauen, ob der Inhalt dieser Versammlungen nicht den Menschenrechten widerspricht. Wir werden uns da jetzt eingehend kundig machen und werden dann auch entsprechend zu handeln wissen und im Übrigen wundert es mich immer, dass dann Menschen wie ein Herr Klamminger, der ja wirklich eine wichtige Rolle hier in der Stadt hat, dass solche Männer genau wissen, dass es eh nicht notwendig ist, dass man da gegen die Versammlungen was macht. Also, das ist schon irgendwie eigenartig, oder?

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Das hat er nicht gesagt.*

GRin. **Binder**: Aha, dann habe ich das so interpretiert, aber das mit dem Herrn Klamminger wundert mich, dass ein Mann darüber entscheidet, dass ein Einsatz zum Schutze dieser Frauen eh nicht notwendig ist...

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Er hat es gerade erklärt.*

GRin. **Binder**: Nein, so sehen wir es halt nicht. Es scheint aber so zu sein, nach Recherchen, dass es nicht ausreicht, Thomas Rajakovics.

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Er hat gesagt, es kann unterbunden werden.*

GRin. **Binder**: Dann werden wir das sowieso überprüfen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich möchte das nur präzisieren. Ich habe den Herrn Sicherheitsdirektor nicht einmal erwähnt. Ich habe nur gesagt, dass das eben angemeldete Versammlungen waren, unterzeichnet von Hofrat Dr. Franz Stingl, Vereins- und Versammlungsreferat bekanntlichermaßen und ich bekomme halt von der Exekutive die Auskunft, dass nach bestehenden Rechtsgrundlagen, wenn die Vorfälle so sind, wie sie dargestellt sind im Antrag, selbstverständlich eingeschritten werden kann. Voraussetzung ist eine Meldung, weil es wird keinen Wachposten vor der Ordination geben und darum habe ich die Frage gestellt und ich habe auch keine Antwort bekommen, ich habe sie auch nicht erwartet, was wir hier eigentlich tun (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Nur noch einen Satz, weil ich das vorhin vergessen habe zu erwähnen. Wir haben uns natürlich, und ich mich vor allem, weil ich mache so eine Initiative nicht, ohne dass ich entsprechend recherchiere. Wir haben uns auch erkundigt, wir haben genau die gegenteilige Auskunft bekommen und außerdem möchte ich einfach nur darauf hinweisen, in Wien gab es, da irrt übrigens auch der Kollege Miedl ein bisschen, in Wien gab es im Rahmen dieses Wiener Sicherheitsgesetzes, Landessicherheitsgesetzes, sieben Wegweisungen, also es ist überhaupt nicht so, dass es zahnlos ist. In Graz gab es noch gar nichts.

GR. **Herper**: Ich mache es kurz und bündig, die wichtigsten Argumente sind gegenseitig gesagt worden. Ich stimme mit der Sigi Binder und mit der Tatjana Kaltenbeck-Michl überein, was dich betrifft, Sissi Potzinger, ich kann da mitgehen, wenn du sagst, Hilfestellung, Information und was alles notwendig ist, aber ich kann deine Form und Art, wie du hier deine Argumente an die Frau oder an den Mann bringst, nicht nachvollziehen und das ist eher schlechter Geschmack und nicht die

Art und Weise, wie man überzeugt, sondern einfach nur noch betroffener macht, nämlich in negativer Weise. Weil wir uns alle gar nicht vorstellen können, ich zumindest, was für Krisensituationen sind entscheidend über Leben und Nichtleben und was das für Belastungen sind, wahrscheinlich ist es eine der schwierigsten Entscheidungen, die Frauen treffen können gemeinsam mit ihren Partnern oder ihren Ehemännern. Also, ich würde bitten in Zukunft auch hier in dem Hause einen gewissen Anstand zu wahren, wie man miteinander auch umgeht. Auf eine vernünftige Frage des Teddy Eisel-Eiselsberg kann ich eine vernünftige Antwort geben. Natürlich massiverweise, lieber Teddy, als es noch in Graz, war es in Wien war, und auch dort die Exekutive konnte dem nicht Herr werden oder Frau werden und deswegen war es notwendig, über Initiative und Mitarbeit der Exekutive in Wien diesen Paragraphen 3 einzuführen. Und dieses Wegweiserecht, das seit wenigen Monaten wirkt, in der Bundeshauptstadt wirkt auch. Die Situation hat sich wesentlich entspannt, ich habe mich sowohl bei der Exekutive in Wien erkundigt als auch im Büro der Frauenstadträtin Sonja Wessely. Die Stadträtin Tatjana Kaltenbeck hat schon darauf hingewiesen, in den ersten zwei Monaten gab es allein sieben Wegweisungen und 11 Mahnungen und es hat sich wesentlich gezeigt, dass auch die gesteigerte Patrouille der Exekutive dazu geführt hat, dass vor Ordinationen und vor Kliniken eine wesentliche Entspannung eingetreten ist. Also, es gab weniger Belästigungen, es hat sich eine entspannte Situation ergeben deswegen, auch wenn die Lisa Rücker meint, schweren Herzens, auch wir. Lustig ist das nicht, eine Novellierung eines Landessicherheitsgesetzes zu urgieren und als notwendig zu erachten. Aber um Hilfe zu geben in konkreten Fällen und das hat gewirkt in Wien und wir müssen den Frauen helfen, das ist unsere erste Pflicht hier, wenn wir aktiv werden und wir sollten auch in diesem Sinne diesem Antrag die Zustimmung geben, ich bitte um Verständnis Sissi, du hast gerade erwähnt, dass massiverweise auch die katholische Kirche und andere Institutionen als Hilfestellung für Frauen zur Verfügung stehen, wir werden deinem Abänderungsantrag nicht die Zustimmung geben können, weil es schon in dieser massenhaften Weise passiert und hier ging es ganz konkret um eine Hilfestellung an einem konkreten Fall für konkrete Frauen in einer konkreten Situation. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Der Abänderungsantrag von GRin. Potzinger wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

*Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.*

## **5) Radfahren in Graz – Erhebung Finanzbedarf**

GR. Mag. **Candussi** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Candussi**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ein weniger emotional besetztes Thema. Seit der offensiven Radverkehrspolitik Erich Edeggers ist in Sachen Radverkehr in Graz immer sparsamer in die Pedale getreten worden. Das lässt sich nicht zuletzt an den nackten Zahlen des Modal-Split ablesen, die für die letzten zehn Jahre kein Ansteigen des Radverkehrsanteils ausweisen. Im Gegenteil: Vergleicht man Graz mit dem überdurchschnittlich verregneten Salzburg, so kann die Mozartstadt mit rund 20% einen weit höheren Radverkehrsanteil aufweisen als Graz mit seinen 14%. Dass also eine Radweg-Offensive durchaus ansehnliche Potenziale auf das Rad bringen kann, hat die Stadt Salzburg eindrucksvoll vorgezeigt.

Ein guter Teil der Gründe dafür, dass nicht mehr Grazerinnen und Grazer als bisher auf das umweltfreundliche Fahrrad umsteigen, ist bekannt und liegt in Form einer Mängelliste seit Jahren beim Radverkehrsbeauftragten der Stadt auf. Die Liste beinhaltet in geringerem Maße große Vorhaben, wie völlig neue Radrouten, als vielmehr eine Fülle von kleinen bis kleinsten Maßnahmen, die eine sichere und attraktive Benutzung der Radwege ermöglichen und von Lückenschlüssen oder besser abgeschrägten Gehsteigkanten bis zu verbesserten Ampelschaltungen und optimierten Abstellsystemen reichen.



Eine rasche Umsetzung des vorliegenden Maßnahmenkataloges ist bedingt durch das dafür äußerst knapp bemessene Budget nicht in Aussicht, was aus zwei bekannten Gründen fatal ist: Zum einen handelt es sich bei den anstehenden Maßnahmen um längst überfällige Verbesserungen, während wir zum anderen wissen, dass die Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr zum Rad- und Fußverkehr zu den billigsten Möglichkeiten zählt, den Modal-Split zugunsten des Umweltverbundes zu verändern. Also, wenn man da vergleicht, was es kostet, ein Prozent auf den ÖV zu verlagern, da sind wir, glaube ich, um mindestens Zehnerpotenzen darüber, wenn man das vergleicht, wie billig die Maßnahmen wären, wenn man die Leute zum Radfahren und zum zu Fuß-Gehen bewegen möchte.

Es ist also dringend notwendig, Klarheit über jene Kosten zu bekommen, die notwendig sind, um das Grazer Radwegenetz und die dazugehörige Infrastruktur auf den letzten Stand der Technik zu bringen, damit noch rechtzeitig vor den Budgetverhandlungen für 2007 die entsprechenden budgetären Vorkehrungen für eine rasche Umsetzung getroffen werden können.

Aus diesem Grund, werte Kolleginnen und Kollegen, stelle ich daher namens der Fraktion der Grazer Grünen, der ALG den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, bis zur ersten Gemeinderatssitzung nach der Sommerpause dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung eine detaillierte Aufstellung des Finanzbedarfs für Planung und Umsetzung des Maßnahmenprogramms des Radverkehrsbeauftragten vorzulegen, mit dem Ziel in weiterer Folge gemeinsam mit den jeweils zuständigen Mitgliedern der Stadtregierung nach Möglichkeiten zu suchen, diese Maßnahmen in wenigen Jahren umsetzen zu können. Danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Annahme.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** zur Dringlichkeit: Lieber Hermann, ich glaube, du hast einen sehr wichtigen Punkt der Verkehrspolitik in Graz aufgegriffen, die SPÖ stimmt der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu. Es scheint tatsächlich so zu sein, dass wir uns in den letzten Jahren im Bereich Radverkehrspolitik etwas zu sehr auf sehr große, durchaus auch wichtige Projekte konzentriert haben, Radstation am Bahnhof wäre da zu erwähnen oder der heute noch zu benennende Elise-Steininger-Weg. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir jetzt wieder mehr Augenmerk auch den durchaus kleinen, auch kostspieligen, kosten natürlich in Summe auch einiges, kleineren Maßnahmen zuwenden. Es ist tatsächlich ein Faktum, dass sich im Bereich des Modal-Splits im Radverkehr leider nichts Positives bewegt, ich glaube aber, dass wir etwas bewegen müssen, Feinstaub, Verkehrsbelastung, Lärmbelastung in Graz sprechen eine eindeutige Sprache, also ich betone noch einmal, wir stimmen Dringlichkeit und Inhalt zu (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Jede Unterstützung für die Radverkehrspolitik ist durchaus in meinem Sinne, in unserem Sinne, ist super, ist toll. Aber ich habe registriert, dass hier von Seiten der Grünen, von Hermann Candussi offensichtlich keine Zustimmung und kein Mitgehen der ÖVP gewünscht wurde. Ich habe ihm vorhin das schon gesagt, ich bin selbstverständlich mit dem Inhalt des Antrages durchaus einverstanden, aber mit dem Motivenbericht eigentlich überhaupt nicht und ich verstehe das ehrlich gesagt auch nicht. Wir haben im Laufe der letzten Jahre sehr, sehr viele Entscheidungen, sehr, sehr viele Maßnahmen durchgesetzt und zwar Sie haben das beschlossen, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, und ich verstehe aus diesem Grund nicht, dass das gerade im Motivenbericht nicht erwähnt wird. Es sind schon einige Maßnahmen genannt worden vom Kollegen Getzinger. Ich darf erwähnen, dass wir etwa einen sehr, sehr langen, einen kilometerlangen neuen Radweg entlang der Hochleistungsstrecke der Südbahn haben, ich darf erwähnen, dass wir eine Radverbindung nach Eggenberg geschaffen haben, wir haben durchaus Kleinmaßnahmen gesetzt, wir machen etwa beim Rad-Audit mit, das österreichweit einen Qualitätsvergleich macht, wir haben Zählstellen eingerichtet. Also, ich weiß eigentlich nicht, was der Sinn sein soll, hier darauf hinzuweisen, dass in der Radverkehrspolitik offensichtlich eher ein Abwärtstrend ist. Dass noch viel zu

tun ist, sehe ich selbstverständlich ein. Ich möchte gerne auch ganz kurz darauf hinweisen, dass ich denke, dass das Halten von einem 14 %-Anteil in Graz durchaus ein Erfolg ist. Denken wir daran, dass Graz doppelt so groß ist wie Salzburg und wir hatten im Laufe der letzten 10 Jahre eine massive Stadterweiterung, die sicherlich auch zu Lasten des Radfahranteils gegangen ist, das heißt, dass wir in der Innenstadt, bin ich überzeugt, beachtliche Steigerungen im Radverkehr haben. Also, das kommt alles dazu und ich hätte mir durchaus gewünscht, dass mag man mir als Beleidigtsein auslegen, habe ich kein Problem damit, ich hätte mir jedenfalls gewünscht, dass diese Dinge auch im Motivenbericht durchaus Erwähnung finden, sei es wie es wolle, der Antrag wird durchgehen. Ich hätte mich jedenfalls auch sehr viel mehr identifiziert damit, wenn das eben nicht der Fall ist, dann denke ich mir, soll dieser Antrag ohne unsere Zustimmung über die Bühne gehen. Zur Dringlichkeit nein.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. Mag. **Candussi**: Ich habe heute Vormittag in der Schule, bevor ich da hergegangen bin, lieber Gerhard Rüscher, mit meinen Maturanten in der Maturavorbereitung die Epoche der neuen Empfindsamkeit besprochen. Eine hochinteressante literarische Epoche, du hast heute ein wunderbares Beispiel abgelegt dafür, wie diese neue Empfindsamkeit, welche Spielformen es in dieser Epoche gibt. Wenn die Formulierung, ich sage, ich bin wirklich erstaunt gewesen, ich habe mich zu Hause wirklich hingekümmert und habe gedacht, ich schreibe jetzt einen wirklich ganz zahmen Antrag, indem nichts Böses drinnen steht, das diesen Antrag vielleicht gefährden könnte. Die schlimmste Formulierung, die mir in meinem Antrag unterkommt, ist, dass drinnen steht, seit der offensiven Radverkehrspolitik Erich Edeggers ist in Sachen Radverkehr in Graz immer sparsam in die Pedale getreten worden, also das ist schon stadtratsbeleidigend offenbar. Mich wundert es, du hättest es dir leichter machen können, du hättest sagen können, die meiste Zeit seit Erich Edgger bis jetzt warst du gar nicht zuständig und die Versäumnisse, die du übernommen hast, waren noch viel größer. Das wäre leicht gewesen. Mich wundert,

dass du das alles nicht gemacht hast. Ich hätte natürlich auch hergehen können, mein Nachdenken verleugnen und in den Antrag hineinschreiben können, alles in Graz ist super und trotzdem wollen wir es verbessern. Wenn der Antrag dann die Zustimmung bekommen hätte, dann hätte ich mich schon gefragt über den Gemütszustand. Um wieder zum Ernst zu kommen, Gerhard, du weißt ganz genauso gut wie ich, wie lange diese Mängelliste ist und du weißt genauso gut wie ich, und das Interessante ist ja, du bist ja beim Antrag dabei, das hast du mir ja vorher gesagt, sondern es geht wirklich um diese paar Formulierungen und da wird es interessant. Wir wissen genau, es gibt eine Vielzahl von Lücken vereinfacht gesagt, so was wie einen Sperring zwischen Peripherie und Innenstadt, das fängt an in Mariatrost, Mariagrün geht weiter, wo der Erich-Edegger-Radweg plötzlich im Nirwana endet und Eltern lassen ihre Kinder nicht in die Schule fahren mit dem Radl, weil sie sagen, bis Mariagrün super, aber dann Hilmteichstraße oder Mariatroster Straße beziehungsweise Heinrichstraße das ist keine Alternative und deswegen werden die Kinder dann mit dem Auto geführt und fahren nicht mit dem Radl. Und das gleiche gilt für die Verbindung Wifi – Nordspange und das Gleiche gilt für das Eck rund um den Kalvariengürtel und die Peter-Tunner-Straße usw., das ist wie ein Ring um die Stadt, wo plötzlich Hürden sind, wo Radfahrerinnen und Radfahrer, die sich nicht sicher fühlen oder um die man sich sorgt, wie vor allem Jugendliche, sich nicht drüber trauen oder von ihren Eltern eben nicht drübergelassen werden, was verständlich ist. Sind lauter kleine Dinge und dazu gibt es dann die Gehsteigkanten, die abgeschrägt gehören, da und dort die Abstellablagen, die verbessert gehören. Lauter kleine Maßnahmen, keine goldenen Schlösser, die wir uns da erwarten, sondern ganz kleine Maßnahmen und ich denke wirklich, dass es möglich sein muss, Stadtrat Riedler ist nicht da, jetzt traue ich es mir zu sagen, ich schiele ein wenig auf Mittel aus dem Feinstaubfonds, dass man es schafft, diese Maßnahmen in ein paar Jahren durchzuziehen, weil das sind keine Zukunftspläne, sondern das sind eigentlich die Altlasten, die wir mitschleppen und wenn wir die haben, dann sind wir einmal á jour mit der Radverkehrsgeschichte und dann können wir uns trauen, auf neue Großprojekte zu gehen. Gerhard Rüscher, ich habe nicht gesagt, dass in den letzten Jahren nichts passiert ist, aber ich freue mich trotzdem, dass dieser Antrag von offenbar einer Mehrheit die Zustimmung bekommt und für die danke ich. Ich hoffe, dass er dennoch von deinen Abteilungen mit dem nötigen Eifer weiterverfolgt wird. Danke.

*Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.*

## 6) Tarifierhöhung GVB

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag, Sie werden ihn kennen, bezieht sich auf die bevorstehenden Tarifierhöhungen bei der GVB. In der Gemeinderatssitzung vom 30.3.2006 habe ich einen dringlichen Antrag mit dem Ziel, die geplanten Tarifierhöhungen durch den Verbund zu verhindern und die Jahreskarten mittelfristig zu verbilligen, gestellt.

An der Dringlichkeit hat sich seither nichts verändert oder doch etwas verändert, die Dringlichkeit ist noch größer geworden. Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass die Tarifierhöhung ein völlig falsches Signal für all jene Menschen darstellt, die gewillt wären, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Welchen Anreiz sollten diese Menschen denn haben, auf die vermeintliche Bequemlichkeit ihres Autos zu verzichten, wenn sie dafür ab Juli um zirka 5% mehr zur Kassa gebeten werden? Natürlich kommt das Autofahren wesentlich teurer, aber wir wissen auch, dass diese Argumentation einfach zu kurz greift. Die AutofahrerInnen sind bereit, hohe persönliche Kosten dafür in Kauf zu nehmen, um zu Hause ins Auto zu steigen, ohne umsteigen zu müssen bis ans Ziel zu fahren und dann auch noch einen Parkplatz zu suchen und dafür zu bezahlen. Sie sind aber nicht bereit, höher werdende Tarife in Kauf zu nehmen.

Es ist aber auch wichtig, die AutofahrerInnen nicht als eine homogene Gruppe zu begreifen. Es gibt die, die beinahe nichts von ihrem Fetisch Auto abhalten kann, und die sich erst dann als Mensch vorkommen, wenn sie hinter dem Lenkrad Gas geben. Es gibt aber auch jene, die auf Grund ihrer Wohn- und Arbeitsbedingungen nicht aufs Auto verzichten können, die aber rechnen und durchaus umsteigen würden, wären die Anbindungen an den öffentlichen Verkehr für sie optimal.

Dann gibt es noch die AutofahrerInnen, die bereits umgestiegen sind auf den öffentlichen Verkehr und sich jetzt ärgern, weil sie sich geneppt fühlen. Aber noch ein weiterer Aspekt ist uns wichtig: Seit Jahren gibt es tausende Menschen, die verlässlich ihre Jahreskarten kaufen und so eine wichtige Basis für die GVB darstellen. Derzeit sind das über 6000 Menschen. Aber auch die Halbjahreskarten-BenutzerInnen und MonatskartenkäuferInnen sind ein stabiler Faktor für die GVB. Gerade aber diese Fahrgäste trifft die Tarifierhöhung in besonderem Maß.

Im Jahr 2006 haben wir bereits an mehr als 60 Tagen den Feinstaub-Grenzwert überschritten. Wie lange werden wir noch zuwarten und mehr oder weniger unwirksame Maßnahmen setzen, um unser Gewissen zu beruhigen: „Wir tun ja eh etwas, aber die Menschen tun halt nicht mit.“ Seit einigen Wochen sammeln wir nun schon Unterschriften auf verschiedenen Plätzen in Graz gegen die Tarifierhöhung und halten derzeit bei 7000 UnterzeichnerInnen. Wir kommen dabei mit sehr vielen Menschen ins Gespräch, die uns ihre Bedenken mitteilen. Ebenso läuft eine elektronische Unterschriftenliste, wo viele Menschen neben ihrer Unterschrift auch zusätzliche Bemerkungen anbringen, die uns bestärken darin, auf dem richtigen Weg zu sein. Einige dieser Bemerkungen, die die Menschen zusätzlich hinzufügen, möchte ich vorlesen. Da schreibt jemand: Ich bin Pendler und nutze täglich Bahn und Bim. Wenn ich aber jedes halbe Jahr erleben muss, dass Züge gestrichen und die Tarife erhöht werden, denke ich schon drüber nach, ob es für mich nicht einfacher wäre, mit dem Auto zu fahren. Oder jemand anderer schreibt: Ich bin gerne bereit, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren, nehme lange Wartezeiten und frühes Aufstehen in Kauf, aber nicht bei diesen Preisen, da fahre ich lieber mit dem Auto. Ein anderer schreibt: Ich frage mich nur, woher ich künftig das Geld nehmen soll. Oder jemand schreibt: Ich wohne jetzt seit sieben Jahren in Graz und die Tarife wurden schon an die fünf Mal erhöht, hört denn das nie auf? Usw. Ja die Benzinpreise werden auch erhöht, aber Autofahrer und Autofahrerinnen rechnen anders, das habe ich auch versucht in meinem Motivenbericht auszuführen, das ist eine andere Logik, leider, ist nicht meine Logik, aber es ist so.

Daher stelle ich namens der Grünen – ALG den

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

der Gemeinderat möge beschließen, die Eigentümerinnenvertreter und die zuständigen Stellen der Stadtbaudirektion und der Finanzdirektion werden beauftragt, an den Aufsichtsrat und den Vorstand der Grazer Stadtwerke AG heranzutreten, um ein Finanzierungsmodell zu entwickeln, das

1. die für heuer geplante Tarifierhöhung der Verbundlinien zumindest für die GVB gegenstandslos macht,
2. die Einrichtung eines attraktiven Angebotes für ÖV-Kombinationstickets ermöglicht,
3. eine mittelfristige Verbilligung der GVB-Jahreskarte um bis zu einem Drittel anstrebt.

Ich bitte um Annahme.

GR. **Slamanig** zur Dringlichkeit: Ich möchte dem Antrag beipflichten, weil es wichtig ist, dass sich die Tarife ermäßigen, aber ich möchte eine Anmerkung auch machen, weil ja in Wirklichkeit der Verbund die Adresse ist, an die sich dieser Antrag richten muss....

***Zwischenruf GR. Herper: Da hast du Recht.***

GR. **Slamanig**: ...und wir diese Tarifkonfliktsituation zwischen Verbund und GVB noch immer nicht aufgelöst haben, nur eine Anmerkung, Ermäßigung für die Ruhestandsversetzten und dergleichen mehr, also müsste man den Antrag in der Weise abändern, dass es nicht explizit auf die GVB orientiert, sondern an den

Verbund, ja inhaltlich gibt es noch vieles dazu anzumerken, aber wie gesagt, die Finanzsituation beider Institutionen wird also sicher nicht leicht machen, dass es dort zu dieser Entscheidung kommt und von dieser Entscheidung Abstand nimmt. Insofern wünsche ich also, dass dieser doch angenommen wird (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde noch einmal die Argumentation aus dem März wiederholen. Ich würde sie auch im Juni noch einmal wiederholen, wenn du den Antrag ein drittes Mal stellen möchtest. Es hat sich von der Argumentation nicht viel verändert. Zunächst einmal ganz klar, uns wäre wahrscheinlich am liebsten, könnten wir den ÖV gratis anbieten. Wenn die Kassen der öffentlichen Hand so gefüllt wären, dass man sich das einfach leisten könnten. Die Realität sieht aber leider ganz anders aus und wir haben trotzdem die Notwendigkeit, das Angebot und die Qualität im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu verbessern und eben das Angebot auszuweiten. Zunächst einmal, der formale Einwand noch einmal. Wir können nicht so einfach von Seiten der GVB nur für die GVB die Tarifierhöhungen im Bereich des Verbundes ändern, da würde es neue Verhandlungen im Bereiche des Tarifverbundes bedürfen, das ist einfach so nicht möglich. Die nächste Argumentation noch einmal, wir brauchen Änderungen im Modal-Split, eine Verbesserung für den Umweltverbund und natürlich in erster Linie auch eine Verbesserung für den öffentlichen Verkehr und das werden wir erreichen, indem wir versuchen, neue Kundinnen und Kunden zu gewinnen und die werden wir erreichen mit einem besseren Angebot, einerseits mit einem ausgeweiteten Angebot und andererseits natürlich auch mit einem qualitativ verbesserten Angebot. Natürlich ist es wichtig, auf die Stammkundinnen und -kunden ein besonders Augenmerk zu setzen, aber da ist es eben doch so, dass wir im Vergleich der großen Städte in Österreich ein sehr attraktives Angebot gerade bei den Zeitkarten haben, also die Monatskarten und Jahreskarten im österreichweiten Vergleich gehören zu den günstigsten und sind in manchen Bereich überhaupt die günstigsten. Es ist vollkommen richtig, dass vielleicht der prozentuelle Abschlag für die Halbjahres- und Jahreskarte nicht so groß ist wie in anderen Städten, aber wenn man insgesamt das Preis-Leistungsverhältnis bei den Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten heranzieht, sind wir eben sehr günstig und noch dazu haben wir enorme Subventionen im



Bereich des öffentlichen Verkehrs. Also, es wird schon für die Stammkundinnen und -kunden enorm viel hier geleistet. Darüber hinaus gab es, ich glaube auch im Frühjahr oder im Februar, März eine Studie des VCÖ, der eben noch einmal unterstrichen hat, wie viel teurer das Kfz, das private Kfz ist im Vergleich zum ÖV. Also, man sieht daran, dass die Preiselastizität hier eine geringe ist. Die Leute werden vom Auto dann umsteigen, wenn die Qualität und das Angebot stimmt und in diese Richtung müssen wir gehen. Schlussendlich noch einmal der Hinweis auf die knappen Kassen. Wir haben hier derzeit schon bei der GVB einen Finanzierungsbedarf von 20 Millionen Euro, wir hören, falls weitere Finanzierungszuschüsse von Seiten des Eigentümers ausfallen oder eben die Erlössteigerungen durch Tariferhöhungen, entwickelt sich das Defizit der Grazer Stadtwerke jährlich negativ um weitere 600.000 Euro oder eine Million Euro. Die Argumente für die Tariferhöhungen sind die höheren Energiekosten, die gestiegenen sonstigen Kosten im Personalbereich, die Tariferhöhung im Vorjahr wurde nicht im ursprünglich angestrebten Ausmaß auch genehmigt, da wurde schon ein gewisser Deckel eingezogen, daher schleppen sie einen Kostennachteil mit und wie gesagt, eben noch einmal im Österreichvergleich sind die Zeitkarten nach wie vor die billigsten und schlussendlich das Argument, dass die Tariferhöhung auch zur Absicherung der weiteren Investitionen dient. Es geht nicht nur in den Ausbau des Streckennetzes, sondern es geht auch in jene Investitionen in den Fuhrpark. Es geht um 36 neue Busse und 14 neue Straßenbahnzüge und Investitionen im Umweltbereich. In der Abwägung all dieser Argumente lehnt daher die Fraktion der ÖVP die Dringlichkeit dieses Antrages ab.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Den sehr kompetenten Ausführungen vom Kollegen Mayr ist wenig hinzuzufügen, ich schließe mich dir, Peter, im Wesentlichen an, vielleicht mit einer kleinen Ausnahme. Am Anfang hast du erwähnt, dass wir uns eigentlich so etwas wie Nulltarif wünschen würden, wenn wir es uns leisten könnten. Ich habe diese Ansicht auch einmal vertreten, eigentlich bin ich mittlerweile davon abgekommen. Ich glaube, was GVB-Kunden oder Kunden des öffentlichen Verkehrs erwarten ist Sauberkeit, Pünktlichkeit, gewisser Komfort etc., was man sich halt so erwartet von einer Dienstleistung. Und ich denke, Kunden sind unter diesen Umständen, wenn diese Dienstleistung so erbracht wird, wie man sie sich wünscht,

pünktlich, sauber usw. freundlich auch unter anderem, durchaus auch bereit, einen gewissen Preis dafür zu bezahlen und das ist auch durchaus in Ordnung, wenn der Preis dafür bezahlt ist. Er soll natürlich sozial gerecht sein, das ist auch wesentlich. Es gibt viele soziale Schichten, Menschen, die sich auch überlegen müssen, wie sie die GVB-Karte sich leisten können. Nichtsdestotrotz, ich glaube Nulltarif ist etwas, was man eigentlich nicht anstreben sollte, sondern wir sollten weiter hart daran arbeiten, dass die Qualität des öffentlichen Verkehrs in Graz verbessert wird. Da werden wir auch die Einnahmen aus dem Kartenverkauf brauchen, aber insbesondere auch Mittel aus dem eigenen Budget und ganz besonders, und das ist mein eigentlicher Grund, warum wir die Dringlichkeit ablehnen, Mittel vom Land Steiermark. Es laufen derzeit Verhandlungen, gerade auch über den öffentlichen Verkehr mit dem Land Steiermark, ich höre sogar durchaus positive Signale, dass das Land gerade beim öffentlichen Verkehr bereit sein soll, uns unter die Arme zu greifen und vielleicht auch bei der Tarifgestaltung. Ich erinnere daran, dass der Verkehrsausschuss schon vor über einem Jahr einen Beschluss gefasst hat, einen einstimmigen, nämlich gerade die Jahreskarte und die Halbjahreskarte zu subventionieren, die Stadt Graz würde sich dazu bekennen, aber eben nur mit Unterstützung des Landes Steiermark. Da sind also Dinge, die im Laufen sind beziehungsweise schon beschlossen sind und aus dem Grund lehnen wir die Dringlichkeit ab. Inhaltlich, wie gesagt, bekennen wir uns dazu, dass die Preise sozial verträglich sind, dass es Preise gibt, weil es eine wertvolle Dienstleistung ist, dass wir uns aber insbesondere, und das bedeutet Mehrausgaben, auf die Qualität des öffentlichen Verkehrs konzentrieren und diese Qualität deutlich verbessern. Besonders hervorzuheben ist, da stoße ich ins gleiche Horn wie Peter Mayr, dass wir Kapazitätsengpässe haben und Kapazitäten ausweiten müssen, deutlich ausweiten müssen, insbesondere im Straßenbahnverkehr. Meines Wissens nach ist die Finanzierung von acht Straßenbahngarnituren noch völlig ungeklärt, eine Straßenbahngarnitur kostet bei 2,5/ 3 Millionen Euro. Wir müssen uns sehr, sehr anstrengen, gemeinsam mit dem Land Steiermark, vielleicht sogar mit dem Bund, diese Straßenbahnen einkaufen zu können, denn der billigste Tarif bewirkt vielleicht, dass mehr Menschen mit dem öffentlichen Verkehrsmittel fahren, aber ungünstig ist dann, wenn sie bei der Haltestelle stehen bleiben müssen, weil die Straßenbahnen voll sind oder unpünktlich sind oder so unattraktiv sind, dass die Menschen nicht einsteigen. Also, der Tarif ist eben nur eine der Stellschrauben, wo man drehen kann,

insbesondere sehe ich jetzt das Defizit im Bereich der Kapazität, aber auch, und Kollege Rüschi weiß das, wir müssen uns weiter kräftig anstrengen, dass wir das Liniennetz besonders der Straßenbahnen in Graz weiter und kontinuierlich ausbauen. Dankeschön.

GRin. Mag. **Uray-Frick**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Ich mache es gleich von da und mache es kurz. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, natürlich ist der Tarif nur eine Schraube, an der man drehen kann, aber gerade wenn wir über Grüne Zonen reden, dann müssen wir an dieser Schraube drehen, denn sonst können das vergessen.

GRin. **Binder**: Ich danke auch dem Hinweis der Kollegin von der FPÖ, Maxie Uray-Frick, auch ein wichtiger Aspekt. Ein 36-jähriger Mann schreibt, ich bin 36 Jahre und verzichte seit zehn Jahren, teils aus wirtschaftlichen, teils aus sportlichen Gründen auf ein Auto in dieser Stadt. Ich fahre auch mit dem Rad zur Arbeit, 16 Kilometer am Tag. In der kalten Jahreszeit muss ich dann den Dreck der Verursacher einatmen, die ja auch noch ein Gratisticket bekommen und ich soll dann mehr bezahlen, wenn ich mich entschließe mit der GVB zu fahren? Also, ich möchte nur die Schiefelage auch aufzeigen. Ich würde mir auch wünschen, Günter, dass wesentlich mehr und aktiv und intensiv am Ausbau des öffentlichen Verkehrs und da ganz im Speziellen des Schienenverkehrs etwas getan wird, habe aber den Eindruck und dazu werden wir heute ja noch einmal kommen, dass genau das das Problem ist, dass man sich zufrieden gibt mit der Verlängerung von drei Straßenbahnlinien und glaubt, das ist die große Förderung des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs in unserer Stadt. Mir ist auch bewusst, dass das vom Verkehrsverbund ausgeht. Das soll aber doch uns nicht hindern, darüber nachzudenken, wie denn das, was in den Verkehrsverbund sozusagen bezahlt werden soll, in irgendeiner Weise, in irgendeiner anderen Weise abgedeckt werden kann. Und genau das ist dieser Antrag. Der Antrag soll auffordern, dazu nachzudenken. Denn eines sehe ich nicht ein und das sehen viele Menschen nicht ein auf der Straße, dass zwar die

Autofahrer, wenn sie einen Partikelfilter einbauen, subventioniert werden und auch zurecht, bin der Meinung, dass das auch gut so ist, weil es uns insgesamt zugute kommt uns, unserer Lebensqualität und unserer Gesundheit. Aber wogegen ich mich zur Wehr setze im Namen vieler, vieler Grazerinnen und Grazer ist, dass nichts getan wird, außer dass man die Kleine Zeitung einmal so mitfahren lässt, ob die GVB wohl immer pünktlich ist, aber dass nichts oder ganz, ganz wenig getan wird, um tatsächlich das Angebot und die Qualität des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs entsprechend zu heben. Dagegen richtet sich auch mein Appell, dass wir unseren Schwerpunkt wesentlich anders setzen müssen und nicht nur appellieren dürfen. BürgerInnenbeteiligung, das richtet sich jetzt speziell auch an den Herrn Stadtrat Rüschi, BürgerInnenbeteiligung setzt voraus, dass man die BürgerInnen ernst nimmt und dass man den BürgerInnen auch zuhört und wenn tausende BürgerInnen meinen, dass dieser Weg ein falscher Weg ist mit der Tarifierhöhung und wenn das ignoriert wird, dann weiß ich nicht, wie BürgerInnenbeteiligung gedacht wird von Seiten der Stadtregierung, da habe ich große Zweifel.

*Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Vorsitzende gibt bekannt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*